

## **Der Deutsche Volksrat für Böhmen und die deutschböhmisches Parteipolitik**

### Vorbemerkung

von Peter Burian

Die Völker und Völkerteile, die das alte Österreich umfaßte, lebten von der Epoche der nationalen Wiedergeburt an in einem inneren Zwiespalt, der bis zum Umsturz des Jahres 1918 allen Versuchen zum Trotz nicht beseitigt werden konnte: nach den Theorien der Zeit war die Nation der oberste Wert, der mit eindeutiger Ausschließlichkeit Entstehen und Bestand der Staaten zu rechtfertigen vermochte; dem aber widersprach die Einsicht in die Notwendigkeit der vor- und übernationalen Existenz dieses ihnen gemeinsamen Reiches. Die Schwierigkeiten, die aus dieser Situation für die einzelnen Völker erwuchsen, waren verschieden an Art und Gewicht, je nachdem, wie das nationale Selbstbewußtsein dieses Volkes entwickelt war, auf welcher Bildungsstufe es sich befand, wieweit es den Prozeß der Ausbildung der verschiedenen sozialen Schichten schon durchlaufen hatte, welche historische Bedeutung es sich selbst zuschrieb und wie bisher sein Verhältnis zum Staat gewesen war.

Als um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts die Habsburgermonarchie nach den konstitutionell-parlamentarischen Prinzipien neu eingerichtet wurde, wurde ihr dadurch die Möglichkeit entzogen, sich mit den Interessen einer einzelnen Nation zu identifizieren; die hier lebenden Völker blieben als staatsrechtlich irrelevante Gruppen unkonstituiert, wie überhaupt in einem derart rechtsstaatlich geordneten Verfassungsstaat die Zugehörigkeit zu einem Volk nur eine statistisch erhebliche Größe war, nicht aber eine staatsbürgerlich differenzierende Kategorie. All das bedeutete für das einzelne Volk, daß es für die Sicherung seiner nationalen Existenz selbst zu sorgen hatte. Seine Grenze war — anders als in einem einnationalen Staat, in dem Volks- und Staatsgrenzen zusammenfallen — nicht durch den Staat geschützt, sondern offen für den Einfluß eines anderen Volkes, und weil Wert und Lebensfähigkeit eines Volkes gemessen wurden an der Größe des von ihm besiedelten Territoriums und an dem Umfang des Bodens, der hinzugewonnen oder verloren wurde, entbrannte an der „Sprachgrenze“ zwischen zwei Völkern ein harter, unblutiger Kleinkrieg, dessen Verlauf durch die Freizügigkeit — Voraussetzung und Folge der wachsenden Industrialisierung — noch verschärft wurde. Die verbissene Opferbereitschaft, mit der hier gekämpft wurde, ist heute kaum mehr verständlich, und eine ins einzelne gehende Untersuchung, die es allerdings bei der jetzigen Quellenlage sehr schwer hätte, würde wohl auch pathologische Züge feststellen. In diesen Auseinandersetzungen spielten verständlicherweise Schulwesen und Wirtschaftsleben der einzelnen Völker eine hervorragende Rolle: um die Mittel für deren Schutz und deren Stützung aufbringen und planvoll verwenden zu können, wurden Vereine ins Leben gerufen. So äußerte sich die Überzeugung, daß durch Vorgänge an der Sprachgrenze das ganze Volk mitbetroffen werde und daß es deshalb Pflicht des ganzen Volkes sei, hier zu helfen. Die „jungen“

Völker, die erst zur Zeit der nationalen Wiedergeburt ihre Eigenständigkeit erkannten, im Begriff waren, zu einem Volk mit voll durchstrukturierter Gesellschaft zu werden, und dadurch innerhalb der Monarchie die Gewichtsverteilung zwischen den einzelnen Völkern zu ihren Gunsten änderten — wie z. B. die Tschechen —, befanden sich in einer zukunftsfrohen Expansion und handelten dabei konsequenter und geschlossener als die „alten“ Völker, die aufgeschreckt waren aus der Behaglichkeit ihres liebvertrauten nationalen „Besitzstandes“ und in der Defensive standen — so wie z. B. die Deutschen.

Die nationale Situation im alten Österreich wurde durch das Vorhandensein von politischen Parteien noch weiter kompliziert. Solche Gruppen bildeten sich, entsprechend den bildungsmäßigen und sozialen Bedingungen, an die sie in ihrem Bestand gebunden waren, in jedem einzelnen Volk gesondert. Die Fähigkeit eines Volkes, sich in mehreren, im Prinzipiellen voneinander abweichenden politischen Parteien zu organisieren, gilt grundsätzlich als Zeichen politischer Reife. In der Habsburgermonarchie aber, wo auf allen parlamentarischen Stufen (Gemeinde, Kronland, Reich) die Teilhabe an der staatlichen Macht — wie es dem herkömmlichen konstitutionellen Modell entsprach — nur über Parteien, nicht über Völker zu erreichen war, erwies sich eine solche parteipolitische Pluralität als Schwächung der nationalen Position, wenn, wie vor allem wieder bei den „alten“ Völkern, parteipolitische Gegensätze schwerer wogen als die Überzeugung, gemeinsame nationale Interessen gemeinsam wahrnehmen zu müssen.

Aus diesen vielfältigen Schwierigkeiten glaubten gegen Ende des vergangenen Jahrhunderts Deutsche für ihr Volk dann einen Ausweg zu sehen, wenn es gelingen würde, die zielbewußte Arbeit der nationalen Schutzvereine mit den parlamentarischen Wirkungsmöglichkeiten politischer Parteien zu verschmelzen. Das setzte freilich voraus, daß in diesen Gruppen das Interesse für nationale Fragen vergrößert, von der Belastung durch ideologisch bedingte Parteigegensätze befreit und mit ebendieser nationalen Arbeit koordiniert, ja gleichgeschaltet werden könnte. Die damals ins Leben gerufenen Volksräte sollten diese Aufgabe erfüllen.

Diese Volksräte sind der bemerkenswerte Versuch, für die in diesem multinationalen Staat fehlende Sicherung der Existenz des einzelnen Volkes dadurch einen Ersatz zu schaffen, daß eine national einheitliche Institution geplant wurde, ohne daß darum die politischen Parteien verdrängt werden sollten. Da aber bei der damaligen staats- und nationalitätenrechtlichen Lage eine solche Institution nur durch Vermittlung von Parteien tätig werden konnte, geriet sie notwendigerweise in ein Konkurrenzverhältnis zu diesen, was sie in ihren Bemühungen lähmte. Hinzu kam, daß der Gedanke der Volksräte, wie überhaupt die ganze Schutzvereinsarbeit, aus dem bürgerlich-nationalen Lager stammte. So hatten von Anfang an die Volksräte keine breite Basis, weil sich die Sozialdemokraten fernhielten; was das bedeutete, macht der Hinweis auf die Tatsache klar, daß bei den nach dem allgemeinen Wahlrecht durchgeführten Reichsratswahlen von 1911 41 v. H. der Deutschen in Böhmen für die Sozialdemokratie stimmten (Österreichische Statistik, NF., Bd 7 (1912), H. 1, S. 10).

In diesen Zusammenhang nun ist der Text zu stellen, der hier zum ersten Male veröffentlicht wird. Er ist keine zuverlässige Quelle für die noch kaum erforschte Geschichte der nationalen Vereine in der Habsburgermonarchie — eher zeigt er sie in einem Zerrspiegel. Aber er ist bedeutsam für das problematische Verhältnis von Nationalitätenfragen zu Parteipolitik; daß dieses Verhältnis hier in einem sehr speziellen Fall sichtbar wird, ist nebensächlich, denn einer jeden Untersuchung der Geschichte der politischen Ideen im alten Österreich und ihrer Träger wird die erschöpfende Beschäftigung mit solchen Einzelheiten voranzugehen haben.

### 1. Zur Geschichte des Volksrates

Staatssekretär Raphael Pacher hat in seinen Lebenserinnerungen einen längeren Aufsatz dem Deutschen Volksrat für Böhmen gewidmet, dessen Bedeutung für die nationale Schutzarbeit in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg weit über die provinziellen Auseinandersetzungen um die Erhaltung des deutschen Sprachgebietes hinausreicht.<sup>1</sup> Der Volksrat, aus kleinen Anfängen entstanden, ging aus dem am 27. Oktober 1889 gegründeten örtlichen Schutzverein „Germania“ für Trebnitz und Umgebung hervor, durch den das bereits im Schwinden begriffene Deutschtum dieses bei Lobositz gelegenen Städtchens neuen Aufschwung erhielt.<sup>2</sup> Im Auftrage des Bundes der Deutschen in Böhmen berichtete der Trebnitzer Arzt Dr. Josef Wenzel Titta in der von ihm redigierten Broschüre „Der nationale Kampf an der Trebnitzer Sprachengrenze im Jahre 1902“ (September 1903) von der geplanten Gründung eines deutschen Volksrates für Böhmen.<sup>3</sup> Am 16. Mai 1903 wurde die erste vorbereitende Konferenz in Trebnitz eröffnet. Nach Tittas Worten sollte die neue Organisation

1) Erinnerungen Raphael Pachers aus dem Archiv der Alten Burschenschaft der Prager Teutonen zu Erlangen-Nürnberg. Das Manuskript „Der Deutsche Volksrat“ besteht aus 32 paginierten Maschinenschriftseiten (österreich. Aktenformat): Deutschb.(öhmen) s.(eit) 97. — Pacher hat diese Erinnerungen wahrscheinlich in der Zeit nach seiner Versetzung in den Ruhestand (als Präsident i. R. des österreich. Schulbuchverlags) verfaßt (1923—1936).

2) vgl. die Schrift „Der nationale Kampf an der Trebnitzer Sprachengrenze im Jahre 1900“. Hrsg. von Dr. J. W. Titta. Trebnitz 1901. Anhang.

3) Über Titta (1863—1923) vgl. neben den Nachrufen in der Presse: E. Lehmann, in: Deutsches Biogr. Jahrbuch 1923, S. 343—348; H. Knirsch, in: Böhmerlandjahrbuch für Volk und Heimat 1924, S. 197; Dem Andenken Dr. Tittas. In: Deutsche Arbeit 23 (1923), S. 34—37; Sudetendeutsches Jahrbuch I (1924), S. 147; E. Heine, J. W. Titta. Ein Gedenkblatt. In: Burschenschaftliche Blätter 37 (1923), S. 101—102; vor allem aber O. Kletzls Abhandlung „Aus den Lebenserinnerungen Doktor Tittas“, in: Sudetendeutsches Jahrbuch III (1927), S. 86—100. Ferner die Gedächtnisschrift: „Zur Erinnerung an Dr. Titta. Seine letzten Worte an uns und unsere Scheidegrüße.“ Gewidmet vom Deutschen Vereine „Germania“ in Trebnitz 1923. Nicht zugänglich war mir: E. Heyne, Der nationale Kampf an der Trebnitzer Sprachengrenze in Böhmen. Zum Gedenken an Dr. Josef Titta. In: Beiträge zur Heimatkunde des Elbetales 3 (1941), S. 1—8, 207—213.

die Vertreter der politischen Parteien und die der Schutzvereine in gemeinsamer Arbeit vereinigen. Noch im Jahre 1903 fand nach langwierigen Vorbesprechungen in den Räumen des Deutschen Handwerkervereins in Prag die Gründungsversammlung des Volksrates statt. Tittas Plan, die Vertreter der politischen Parteien sowie der Schutzvereine an dieser Sitzung teilnehmen zu lassen, hatte Erfolg. Von den deutschböhmisches Parteien waren die Fortschrittspartei, die Volkspartei, die Freialldeutschen, die Christlichsozialen und die Agrarpartei vertreten.<sup>4</sup> Folgende Schutzvereine hatten Vertreter entsandt: Der Deutsche Schulverein, der Böhmerwaldbund, der Schulerhaltungsverein in Prag, der Bund der Deutschen in Böhmen sowie der Trebnitzer Verein „Germania“. Erster Obmann des Volksrates wurde durch Wahl der Prager Hofrat Dr. Josef Virgil Grohmann, der jedoch sehr bald infolge Krankheit als Vorsitzender zurücktrat. Bereits am 26. August 1904 fand in Böhmisches-Leipa die erste Vorstandssitzung statt, und am 2. September richtete Dr. Titta als derzeitiger Vorsitzender einen Aufruf an das deutsche Volk in Böhmen.<sup>5</sup>

Tiefe Unzufriedenheit mit dem Parteiensystem der Deutschböhmen um 1890 hatte Titta bereits damals erfaßt, als er sich auf Anraten Dr. Schmeykals in Trebnitz als praktischer Arzt niederließ. Schon Ostern 1892 entwarf er einen Plan zur Errichtung nationaler Arbeitskanzleien und bemühte sich um eine Volksorganisation zur Erledigung der nationalen Sprachgrenzarbeit.<sup>6</sup>

Dies alles wird in seinen zeitbedingten Formen für den Historiker durch einen Blick auf die Gesamtsituation in Böhmen verständlich. Dem in zähem und aufopferungsvollem Ringen vordringenden Tschechentum, das bis in die marxistischen Kreise hinein den Gedanken des Volkstumskampfes an der Sprachgrenze richtig erfaßt hatte, stand nichts Ähnliches gegenüber. Dies galt besonders auf dem Gebiete der lokalen Vereinsorganisation, die eben als eine Ergänzung der Parteiarbeit anzusehen war und auch gesellschaftspolitisch die Idee der Abwehr des Andersnationalen tiefer in allen Schichten der Bevölkerung verankerte. Titta hat, obwohl er Mediziner und nicht „gelernter“ Politiker war, diese völlig neue Auffassung von den Möglichkeiten einer planmäßigen Volksorganisation auf deutscher Seite eher vertreten als die Abgeordneten, deren Parteihader und Gruppenegoismus ihm wenig zusagten. Innerlich stand er wohl der alldeutschen Richtung nahe, strebte aber als realistisch denkender

4) Mit Schönerers Alldeutschen kam es zu keiner Zusammenarbeit, da sie gegen die Aufnahme der Christlichsozialen in den Volksrat protestierten. Vgl. E. Pichl, Georg Schönerer. 2. Aufl. Berlin 1938. Bd 6. S. 94. — Die wiederholten Versuche Tittas, die deutschböhmisches Sozialdemokraten als Mitarbeiter zu gewinnen, dürfen in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden. Vgl. den Aufsatz: Dem Andenken Dr. Tittas, S. 35, Anm. 3. — Von der Errichtung einer überparteilichen Volksorganisation sprach kürzlich H. Neuwirth in seinem Vortrag „Der Weg der Sudetendeutschen von der Entstehung des tschechoslowakischen Staates bis zum Vertrag von München“. In: Die Sudetenfrage in europäischer Sicht. Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 12, München 1962, S. 142, besonders Anm. 43.

5) Der nationale Kampf an der Trebnitzer Sprachgrenze in den Jahren 1903 und 1904. Hrsg. von Dr. J. W. Titta. Trebnitz 1905. S. 56 f.

6) vgl. E. Pichl, Georg Schönerer, Bd 3, S. 620.



Politiker keine Änderung der damals gegebenen staatsrechtlichen Verhältnisse an.<sup>7</sup> Daher erschien ihm die Organisation der nationalen Schutzarbeit in Form überregionaler Volksräte als besonders dringlich. Volksräte gab es bald in allen von Deutschen bewohnten Kronländern der Monarchie, selbst in den rein deutschen Gebieten, wo es lediglich darum ging, den eigenen „Besitzstand“, wie der gängige Ausdruck jener Zeit hieß, zu sichern. Diese auf demokratischer Grundlage konstituierten Vertretungen repräsentierten sehr bald ein System intensiver Selbst- und Nachbarschaftshilfe auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Überall war eine große Zahl ehrenamtlicher Helfer an der Arbeit, und oft genug gerieten die neuen Organisationen, denen übrigens auf Seite der anderen Staatsvölker ähnliche Vereinigungen gegenüberstanden, in Konflikt mit den Regierungsbehörden oder den Abgeordneten der politischen Parteien, die manchmal im Volksrat eine Art örtlicher Schützenhilfe erblickten. Oft überließen die Mandatäre der Landtage und des Abgeordnetenhauses diesen neuen Institutionen die undankbare Erledigung kleiner politischer und sozialer Aufgaben, konnten aber die Einmischung des Volksrates in die „große“ Politik namentlich in den Sudetenländern nicht verhindern. Daher erwies sich trotz des vielgestaltig entwickelten demokratischen Vereinswesens der Versuch eines nationalen Zusammenschlusses der politischen Kräfte durchaus als erfolgreich.

Es wäre auch unwahrscheinlich gewesen, daß ein Mann vom Format eines Titta eine subalterne Rolle in der österreichischen Innenpolitik gespielt hätte. Mit einer Zähigkeit ohnegleichen hatte er in selbstloser Arbeit beim Ausbau seiner Schutzorganisation Erfolge errungen, ohne daß er daran dachte, ein Mandat oder gar ein Ministerportefeuille anzustreben. Er blieb einfacher Landarzt in Trebnitz.

Die jährlichen Rechenschaftsberichte des Volksrates wie auch die Zeitungsartikel zu Tittas 50. Geburtstag wiesen auf die große Zahl seiner Verdienste um das Trebnitzer Deutschtum hin und geben ein Bild der erfolgreichen Arbeit. Es sei hier auf die sozialen Einrichtungen hingewiesen, die Titta mühsam in Trebnitz aufgebaut hat: die Kinderkrippe, Einrichtung von Kindergärten, der Ausbau der Volksschule, die Privatschule, die Bücherei und die Arbeiten im Bereich der Waisenkommission und der Waisenkolonie.<sup>8</sup> Einen besonderen Erfolg hatten die Bemühungen um die deutsche landwirtschaftliche Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaft, um die Spar- und Vorschußkasse sowie um die

7) vgl. P. Molisch, *Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich von ihren Anfängen bis zum Zerfall der Monarchie*. Jena 1926. S. 220 ff. Molisch würdigt die Volksratsorganisation in politischer Beziehung, es wäre aber sicherlich aufschlußreich, die soziale Stellung der Volksräte zu untersuchen und dadurch ihren Einfluß auf die politische Entwicklung der Berufs- und Gesellschaftsschichten Österreichs näher kennenzulernen.

8) vgl. *Bohemia* Nr. 21 vom 22. 1. 1913. Der Aufsatz des Abgeordneten der Deutschen Arbeiterpartei in Böhmen, Adam Fahrner, „Ein Kampf für Deutschböhmen. Dr. Titta als Jubilar.“ Von den Organisationen, die Titta im Trebnitzer Gebiet ins Leben gerufen bzw. unterstützt hat, seien noch genannt: Schulerhaltungsvereine, Knaben- und Mädchenfortbildungsschulen, örtliches Vereinswesen und Gründung eines „Deutschen Hauses“, schließlich das Kanzleiarchiv.

Bau- und Wohnungsgenossenschaft. Dies und viel mehr schuf der Trebnitzer Landarzt mit kärglichen, oft durch Spenden ergänzten Geldmitteln.

Im größeren Bereich der Landespolitik hatte Titta ganz entschlossen alle Bestrebungen, die auf eine Loslösung der deutschen Gebiete von Prag in administrativer Hinsicht hinausliefen (etwa auch im Sinne „Los von Prag“), zurückgewiesen. Dagegen arbeitete er an den Plänen für eine Abgrenzung der Bezirke in nationaler Hinsicht mit und hat sich auch in dieser Frage an den Konferenzen des „Unterausschusses zur Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfes betreffend die Bezirksabgrenzung“ als Vorsitzender im Rahmen des Deutschen Zweiteilungsausschusses beteiligt.<sup>9</sup> In der Einleitung zu dieser Publikation kritisierte er die Entwürfe für die territoriale Abgrenzung, den Koerberischen Entwurf vom 8. Mai 1900 und den Entwurf des Ministeriums Bienenrth (dem Reichsrat vorgelegt am 3. Februar 1909). Er erklärte Bienenrths Entwurf als unannehmbar, da er eine Anzahl an der Sprachgrenze gelegener Orte ohne weiteres preisgebe, von denen man einige bei künftigen Verhandlungen als „Kompensationsobjekte“ zu verwenden hoffte.<sup>10</sup> Auch an den Äußerungen der Landsmannminister Prade und Dr. Schreiner über diesen Abgrenzungsentwurf Bienenrths übte Titta als Angehöriger einer Gemeinde an der Sprachgrenze Kritik. Eine territoriale Abgrenzung, die zu einer Isolierung der kleinen Sprachinseln führen könnte, lehnte er kategorisch ab, da er befürchtete, daß diese Gebiete infolge Vernachlässigung durch die Deutschen selbst restlos verloren seien. Titta wandte sich gegen den Optimismus des Landsmannministers Dr. Schreiner, der gesagt hatte, „daß wir nach der Abgrenzung eine gewisse Stabilisierung, eine gewisse Beruhigung des Sprachgebietes für die Dauer von zehn Jahren erreichen werden“.<sup>11</sup> Tittas skeptische Auffassung ist vielleicht charakteristisch für seine Beurteilung der Gesamtsituation, die ihm an der Sprachgrenze in all ihren Schwierigkeiten klar geworden war.

Auf die beachtlichen Leistungen Tittas bei der rein administrativen Organisation des Volksrates, der Einrichtung von Kanzleien und Filialkanzleien in Prag und Wien, sei hingewiesen.<sup>12</sup> Eine besondere Stellung nahm auch die von Titta ins Leben gerufene Deutsche Grund- und Heimstätten-Gesellschaft in Leitmeritz ein. Sie sollte mithelfen, den deutschen Besitzstand Nordböhmens zu erhalten. Ein klarer Beweis für den engen Kontakt des Vorsitzenden des Volksrates mit den Inseldeutschen Prags war die ständige Sorge Tittas um den Verein der deutschen Staatsbeamten in Prag und um die Beamtenvereinskanzlei.

Dies alles sei bedacht als Einführung zu Raphael Pachers Aufsatz über den Volksrat, verfaßt vom Standpunkt eines führenden Parteipolitikers, der dieser Organisation schon in seiner Eigenschaft als Mandatar mit einer gewissen Skepsis gegenüberstand.

9) vgl. die Schrift „Deutscher Zweiteilungsausschuß“. Verlag des Deutschen Volksrates in Trebnitz. 1909.

10) Vorbericht des Vorsitzenden des Abgrenzungsausschusses (Dr. Titta), ebenda, S. 5.

11) ebenda, S. 4.

12) vgl. zu folgendem: Bohemia Nr. 22 vom 23. 1. 1913. Aufsatz „Dr. Titta“.

2. Der Politiker Raphael Pacher<sup>13</sup>

Zu den namhaften Vertretern der Deutschradikalen Böhmens und — im weiteren Rahmen — Österreichs vor 1914 zählte der Abgeordnete Raphael Pacher, später Staatssekretär für Unterricht im Übergangskabinett 1918/19. Obwohl Pacher oft im gleichen Atemzug mit dem politisch agileren Karl Hermann Wolf genannt worden ist, kommt ihm, dem durchaus soliden Parlamentarier, der die Interessen seiner Wähler mit großem Fleiß wahrnahm, doch größere Bedeutung zu als dem demagogisch veranlagten Badeni-Gegner Wolf.

Bereits seit seiner Studienzeit, die er als Philosophiestudent in Prag verbrachte, mit den Aufgaben des Journalismus und der politischen Schriftstellerei vertraut, hat Pacher später als Redakteur verschiedener Zeitungen Nordböhmens und Brünns sowie als Mitarbeiter der „Ostdeutschen Rundschau“ in Wien wesentlichen Einfluß auf die Parteientwicklung der deutschösterreichischen Nationalen ausgeübt. Als Abgeordneter vertrat er im Reichsrat den Wahlbezirk Komotau—Preßnitz—Weipert—Sebastiansberg. Im Umsturzjahre 1918 hatte er, dem schon in den Kriegsjahren der Plan einer endgültigen administrativen Abgrenzung des deutschsprachigen Gebietes Böhmens und die Errichtung einer Provinz Deutsch-Böhmen vorschwebte, kurze Zeit das Amt des Landeshauptmanns inne. Nach seinem Rücktritt als Staatssekretär für Unterricht im März 1919 zog er sich von der aktiven Politik zurück und fungierte während der zwanziger Jahre als Präsident des Schulbuchverlags in der Leitung des „Bundes der Deutschböhmen in Österreich“. Aus seinen Erinnerungen, die zahlreiche Einzelheiten über die Innenpolitik Österreich-Ungarns seit 1901 bieten, dürfte das Kapitel über den Volksrat besondere Beachtung finden. Dabei sei auf die Versuche Pachers hingewiesen, eine Lösung der böhmischen Frage 1917/18 auf dem Oktroiwege zu erreichen.

3. Pachers Aufsatz „Der deutsche Volksrat“<sup>14</sup>

*Der deutsche Volksrat für Böhmen ist von den einen viel gepriesen, von den anderen arg verlästert worden. Von der Parteien Haß und Gunst verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte. Der Grundgedanke, der ihn ins Leben rief, war gut. Aber er ist nicht das geblieben, was er sein sollte. Und was er später sein wollte, das konnte er nicht sein, ohne Störung und Widerstreit hervorzurufen.*

*Der deutsche Volksrat ist in dem Städtchen Trebnitz bei Lobositz entstanden und hat dort bis zum Umsturz, der auch ihm ein Ende bereitete, seinen Sitz gehabt. Dort, wo sein Begründer und zweiter und letzter Obmann, Dr. Josef W. Titta, bis an sein Lebensende ansässig war.*

*Trebnitz war bis in die Mitte der 70er Jahre überwiegend deutsch, lag aber hart an der Sprachgrenze. Ein tschechischer Arzt, Dr. Wenzel Pařík, ließ sich*

13) Literatur über Pacher: Das österreichische Abgeordnetenhaus 1907. Wien und Leipzig 1907. S. 395; Politische Köpfe aus Österreich XIV. Rafael Pacher. In: Die Chronik Nr. 14, Wien, Juli 1917.

14) Die Interpunktion wurde den heute gültigen Regeln angepaßt, die Orthographie verbessert, Fußnoten wurden eingefügt.



dort nieder, wurde als Arzt beliebt, und als es wieder einmal zu Gemeindevahlen kam, wurde er Bürgermeister. Nun kehrte er den Tschechen heraus und schuf sich eine tschechische Gemeinderatsmehrheit, eine tschechische Schule, tschechische Vereine — kurz, Trebnitz wurde überwiegend tschechisch. Diese Erscheinung war keine vereinzelt an der dortigen Sprachgrenze. Auch Theresienstadt bekam damals einen tschechischen Bürgermeister namens Burda; es gelang aber, die Gemeindeverwaltung wieder in deutsche Hände zu bringen.<sup>15</sup> Schon als Gymnasiast in Leitmeritz sagte der junge Titta, der Sohn eines Baggerschiff-Führers in Prosmik, er werde in Prag Medizin studieren, Arzt werden, sich in Trebnitz niederlassen und dieses Städtchen dem Deutschtum zurückerobern. Er ließ sich auch als Arzt in Trebnitz nieder und begann den Kampf. Die ersten Anläufe, die Gemeindevertretung zu erobern, mißglückten. Da damals schon der tschechische Schulverein „Matice školská“, bald nach dem deutschen Schulverein gegründet, den tschechischen Besitzstand eifrig verteidigte, so war es klar, daß der weitere Kampf um Trebnitz, wenn es nicht in überraschendem Anlauf hatte genommen werden können, ein sehr schwieriger und langwieriger werden müsse.<sup>16</sup> Es galt vor allem, den Deutschen die Mehrheit in der Gemeindevertretung zu erringen und zu diesem Zwecke Wahlstimmen zu gewinnen oder zu schaffen. Häuserankauf, Errichtung von Geschäften und größeren Unternehmungen, die Heranziehung von Waisenkindern für die deutsche Schule, die Errichtung einer Bürgerschule, wodurch wieder neue deutsche Lehrkräfte herbeikamen, auch die Verköstigung auswärtiger Schulkinder, die deutschen Einwohnern einen Erwerb bot — alle diese Mittel wurden angewendet. Aber die Tschechen wendeten die gleichen Mittel an und blieben, da sie mehr Geld zur Verfügung hatten, die Stärkeren. Der deutsche Schulverein, insbesondere der Gau Aussig, unterstützte den Verein Germania, den Dr. Titta in Trebnitz gegründet hatte und der in ganz Deutschböhmen, ja in ganz Österreich und im Deutschen Reiche Mitglieder zählte, auf das kräftigste.<sup>17</sup> Der Name Trebnitz wurde einer der Schlachtrufe im nationalen Kampfe. Um die Arbeit möglichst planmäßig zu gestalten und die weitesten Kreise zur Mitwirkung heranzuziehen, wurde ein „Deutscher Volksrat für Trebnitz“ gebildet, an dessen Spitze der gewesene Hofrat und Schulreferent der Prager Statthalterei, Dr. Virgil Grohmann, trat.<sup>18</sup> Dieser Volksrat bestand aus Vertretern der Trebnitzer Germania, des Schulvereinsgaues Aussig sowie aus Vertretern anderer Körperschaften und Kreise, die an der Trebnitzer Sache regeren Anteil nahmen. Er wirkte sehr ersprießlich. Nach Dr. Grohmanns Tode wurde Dr. Titta der Obmann.

Indessen hatte der tschechische Angriff auf den deutschen Besitzstand in Böhmen und die deutsche Abwehr an Stärke und Ausbreitung außerordentlich

15) Dr. Wenzel Pařík, tschechischer Landarzt in Trebnitz, Bürgermeister der Stadt. Burda, tschechischer Bürgermeister von Theresienstadt.

16) Matice školská, tschechischer Schulverein.

17) Deutscher Schulverein in Wien, Gau I in Aussig. — Deutscher Verein „Germania“. Gegründet in Trebnitz 1889 unter Mitwirkung Dr. Tittas.

18) Hofrat Dr. Josef Virgil Grohmann, Schulreferent der Statthalterei in Prag. Aus dem „Deutschen Volksrat für Trebnitz“ ging 1903 der „Deutsche Volksrat für Böhmen“ hervor.



zugenommen. Die Tschechen kamen mit Schulgründungen an der Sprachgrenze und im Innern des deutschen Sprachgebietes den Leistungen des deutschen Schulvereins bald weit voraus, und der tschechische Eroberungskrieg breitete sich auf wirtschaftlichem Gebiete immer weiter aus. Die politische Vertretung der Deutschen in den ersten Jahren der Ära Taaffe leistete in der Abwehr nicht einmal im Reichsrat und Landtage das, was die immer erregter werdende Bevölkerung von ihr erwartete und wohl auch erwarten konnte. Später bildete sich wohl gegen die zahme und lahme altliberale Partei eine nationale Partei, die auch auf dem Gebiete der nationalen Arbeit eingriff. Aber es erscholl der Ruf, man müsse eine nicht auf dem Boden der Parteien stehende, aber alle Parteien umfassende Körperschaft für das, was man nationale Kleinarbeit nannte, schaffen. Und so wurde aus dem deutschen Volksrat für Trebnitz, dessen Name einen guten Klang hatte, der Deutsche Volksrat für Böhmen.

Der deutsche Volksrat sollte von den Vertretern der deutschen Parteien im Wiener Abgeordnetenhaus mit jenen nationalen Arbeitsvereinen, die sich über ganz Böhmen erstreckten, gebildet werden. Dr. Titta kam zu diesem Zwecke nach Wien, und es fand eine Sitzung der Parteienvertreter statt, an welcher die Abgeordneten Bareuther, Damm, Pacher, Pergelt und Prade teilnahmen.<sup>19</sup> Die Gründung wurde grundsätzlich beschlossen, und der Deutsche Volksrat für Böhmen trat ins Leben. Sein Sitz blieb über Wunsch Dr. Tittas in Trebnitz. Nicht zum Vorteil der Sache, da das Städtchen doch etwas zu abgelegen war, als daß in wichtigen Augenblicken die Mitglieder des Volksrates von allen Seiten hätten rechtzeitig herbeikommen und der briefliche und drahtliche Verkehr in richtiger Weise hätte stattfinden können. In Trebnitz wurde nun eine neue Volksratskanzlei errichtet, an deren Spitze Ehrlich<sup>20</sup> als Sekretär trat und in der zumeist Prager Studenten freiwillige Arbeit taten.

Die Aufgabe des Deutschen Volksrates hätte darin bestehen müssen, genaue Übersicht über den nationalen Besitzstand in jeder Beziehung zu halten und die Abgeordneten und andere geeignete Persönlichkeiten oder Körperschaften in allen Fällen, wo ein Einschreiten nötig war, zu verständigen.

Es war da der Übergang von Grundstücken und Gebäuden, von Geschäftsbetrieben und Konzessionen in nichtdeutsche Hände zu verhindern, es galt, den Nachwuchs für Gewerbe und Handel wie auch für den öffentlichen Dienst (Gemeinde, Land, Staat) in Evidenz zu halten und dort, wo solcher Nachwuchs fehlte, Eltern und Lehrer aufmerksam zu machen. Ferner mußten Vorkommnisse, welche vielleicht sonst nicht zur Kenntnis der Abgeordneten und Behörden kamen, in einwandfreier Darstellung an die geeignete Stelle gebracht

19) Dr. Ernst Bareuther, geb. 1838 in Asch, 1871 Landtagsabgeordneter, anfangs liberaler Abgeordneter, später Alldeutscher, gest. 1905 in Freiburg i. B. — Dr. Hans Damm, geb. 1860 in Seltsch, seit 1891 Landtagsabgeordneter, 1897 bis 1917 Reichsratsabgeordneter, Obmann der deutschen Agrarier, gest. 1917 in Franzensbad. — Dr. Anton Pergelt, geb. 1853 in Sophienhain, seit 1895 Landtagsabgeordneter, 1892—1910 Reichsratsabgeordneter (Deutsche Fortschrittspartei), gest. 1910 in Wien. — Hans Prade, geb. 1853 in Reichenberg, 1885 Landtags- und Reichsratsabgeordneter (Deutsche Volkspartei), 1906/07, 1908 Landmannminister.

20) Robert Ehrlich, Sekretär des Deutschen Volksrats für Böhmen.

werden. Da alle möglichen Anfragen, Bitten und Beschwerden alsbald einzulaufen begannen, mußte ein umfangreicher brieflicher und drahtlicher Verkehr entstehen. Ein übermäßiges Anwachsen desselben konnte nur verhindert werden, wenn die Betreffenden für künftige Fälle unmittelbar an die betreffende Stelle (Abgeordnete, Behörde, Bezirks- oder Gemeindeverwaltung usw.) verwiesen wurden. Ansonst mußte sich eine Vielschreiberei entwickeln, die zwar sehr stattliche Zahlen über Einlauf und Auslauf für den Jahresbericht ergab, aber für alle Beteiligten Zeit, Geld und Mühe, die gespart werden konnten, kostete.

In der Tat kam es zu einer solchen Vielschreiberei und — wie später noch auszuführen sein wird — Vielregiererei, die uns Deutschen leider im Blut liegt. Wenn z. B. ein Postbediensteter versetzt wurde und es sich darum handelte, an seine Stelle wieder einen Deutschen zu bringen, so geschah folgendes: Erstens er selbst schrieb an den betreffenden Abgeordneten, zweitens desgleichen schrieb der oder schrieben die, welche an diesen Posten kommen oder nicht kommen wollten, drittens schrieb der Gemeindesekretär, wenn die Gemeinde gute Wacht hielt, viertens gegebenenfalls der örtliche politische Verein, fünftens der Verein der deutschen Staatsbeamten in Prag<sup>21</sup> und sechstens der deutsche Volksrat. Der Grundgedanke dabei war wohl: „doppelt genährt hält besser“. Der Abgeordnete aber, dem dasselbe sechsmal geschrieben wurde, sollte nun auch sechsmal den Empfang bestätigen und nach erfolgtem Einschreiten beim Ministerium oder der Direktion noch sechsmal über den Erfolg berichten. Geschah dies nicht, so hieß es: „die Herren in Wien machen nichts“. Ganz läßt sich nicht verhindern, daß eine Angelegenheit mehrfach anhängig gemacht werde. Aber da die großen Standes- und Berufsorganisationen, auch die nationalen Schutzvereine, als Schulverein, Böhmerwaldbund, dann der jüngere, aber bald größte Bund der Deutschen in Böhmen im deutschen Volksrate vertreten waren<sup>22</sup>, hätte sich wohl eine Einteilung treffen lassen, etwa, daß immer nur die nächstbeteiligte Organisation eingreift, den Abgeordneten und den D. V. vom ersten Einschreiten und vom endlichen Ergebnis verständigt.

Doch dieser Übelstand war zu ertragen. Schwere Mißlichkeiten und Verbitterungen zwischen Abgeordneten und D. V. führte ein anderer Umstand herbei, daß nämlich der D. V. bald die große Politik interessanter fand als die kleine nationale Arbeit, sich in die Politik einzumengen begann, den Abgeordneten sogar die Taktik vorschreiben wollte und, wenn er nicht Gehör fand, sich unzufrieden äußerte und Unzufriedenheit im Lande säte.

Das machte sich besonders bei den zwei Fragen geltend: amtlicher Sprachgebrauch und nationale Abgrenzung.

Nach der erzwungenen Aufhebung der Sprachenverordnungen Badenis und Gautschs durch das Ministerium Clary war eigentlich nicht viel erzielt worden, da nichts Neues, den Deutschen Genehmeres an die Stelle dieser Verordnungen trat, wohl aber die Stremayr'schen Verordnungen aufrecht geblieben waren,

21) Verein der deutschen Staatsbeamten in Prag. Zentralstelle der deutschen Beamten Böhmens.

22) Böhmerwaldbund, deutscher Schutzverein für die Böhmerwaldgebiete; Bund der Deutschen in Böhmen, gegründet 1894 in Prag.

die eigentlich der Anfang des Übels waren.<sup>23</sup> Vergebens hatte Dr. Anton Nitsche<sup>24</sup> in den Stürmen der Badenizeit darauf hingewiesen, daß man auch diese Verordnungen aufheben müsse. Man war froh, den Badeni, den Thun<sup>25</sup>, den Gautsch los zu sein, und dachte solange nicht mehr daran, bis das, was 1897 und 98 vielleicht „in einem Aufwaschen“ gegangen wäre, nicht mehr zu machen war.

In der Tat blieb vieles, was unter Badeni eingeführt worden war, in Böhmen aufrecht. So wagte es die Statthalterei in Prag nicht, nach den Straßenausbreitungen, die Badenis Sturz hervorgerufen hatten, die Aufschriften, die unter Badeni oben tschechisch, unten deutsch lauten mußten, wieder in die alte Ordnung zu bringen, nachdem die betreffende Verordnung ja aufgehoben war. Man redete sich darauf aus, daß man eine definitive gesetzliche Regelung abwartete. Ebenso blieben die tschechischen Beamten, man könnte ruhig sagen, die tschechischen Ämter, bei der innern tschechischen Amtssprache, nicht allein für tschechische, sondern auch für deutsche Geschäftsstücke. Dr. Kaizl<sup>26</sup> hatte als Minister, wie die dicken Bände seiner diesbezüglichen Korrespondenz bezeugen, für die Besetzung aller leitenden Stellen in Böhmen oder wenigstens für die Durchsetzung aller wichtigen Behörden mit Tschechen gesorgt. Gestützt auf diesen Umstand, erklärten die tschechischen Abgeordneten, sie würden die innere tschechische Amtssprache *via facti* durchführen. Das versuchten die tschechischen Präsidenten, Hofräte usw. denn auch nach Leibeskräften. Die deutschen Beamten und Angestellten organisierten sich nun gleich den Tschechen und verlangten von den Abgeordneten Schutz bei der Regierung, da für viele von ihnen der Dienst, besonders bei den Prager Zentralbehörden, unmöglich wurde, wenn jeder Akt mit tschechischen Vermerken oder Zwischenerledigungen an sie kam.

Der D. V. nahm sich der Sache begreiflicherweise, wohl aber auch unnötigerweise an, da ja die Abgeordneten mit dem deutschen Staatsbeamtenverein und den örtlichen Beamtenorganisationen in engster Fühlung standen. Aber es gelangten nach Trebnitz allerlei ungeheuerliche Nachrichten, namentlich zur Zeit des Ministeriums Beck<sup>27</sup>, und man zieh die Abgeordneten der Schwäche

23) Kasimir Graf Badeni, geb. 1846 in Surochów, 1895—1897 österr. Ministerpräsident, gest. 1909 in Krasne.

Manfred Graf Clary und Aldringen, geb. 1852 in Wien, 1899 österr. Ministerpräsident, gest. 1928 in Hernau.

Paul Frhr. v. Gautsch v. Frankenthurn, geb. 1851 in Wien, mehrmals österr. Ministerpräsident und Minister, gest. 1918 in Wien.

Karl von Stremayr, geb. 1823 in Graz, Mitglied der Frankfurter Nationalversammlung, 1861 steiermärkischer Landtagsabgeordneter, 1870—1879 österr. Unterrichtsminister, 1879 Ministerpräsident, 1879—1880 Justizminister.

24) Dr. Anton Nitsche, Landtagsabgeordneter.

25) Franz Graf Thun-Hohenstein, seit 1911 Fürst, geb. 1847 in Tetschen, 1889 bis 1896, 1911—1915 Statthalter in Böhmen, 1898—1899 österr. Ministerpräsident, gest. 1916 in Tetschen.

26) Dr. Josef Kaizl, geb. 1854 in Volyně, 1898—1899 österr. Finanzminister, gest. 1901 in Miskowitz.

27) Max Wladimir Frhr. v. Beck, geb. 1854 in Wien, 1906—1908 österr. Ministerpräsident, gest. 1943 in Wien.



oder gar verräterischer Packelei mit dem angeblich überschaulen Vladimír. Solche Nachrichten kamen dem D. V. aus Wien zu. In Wien saß nicht nur ein oder der andere Hofrat aus Prag, nunmehr im Ruhestande, der dem D. V. die Beobachtungen seiner Mußestunden mitteilte. Da war auch der gewesene Ministerpräsident Dr. Körber<sup>28</sup>, der der damaligen Regierung und den Abgeordneten allerhand Schlimmes zutraute und nachsagte. Herr v. Körber hatte zwar selbst als Ministerpräsident es bezüglich der Sprachen- und Abgrenzungsfrage über Versuche und Entwürfe nicht hinausgebracht, spielte aber jetzt den strengen Richter über das, was geschehen sollte und nicht geschehe. Dieser Klatsch der Abgetakelten fand im Volksrate willige Aufnahme und große Beachtung. Man fand es für nötig, in der Sprachenfrage selbständig vorzugehen. Der Verein der deutschen Staatsbeamten war es, der da ins Treffen geschickt wurde. Eines Tages erhielten die Abgeordneten die Nachricht, daß eine Anzahl Beamtenversammlungen im Lande stattfinden solle, in welchen die Sprachen- und Beamtenfrage erörtert und zu denen die betreffenden Abgeordneten „eingeladen“ werden sollten. Die Sache mißglückte. An vielen Orten lud man die Abgeordneten selbst als Hauptredner und Berichterstatter ein, während ihnen ursprünglich wohl die Rolle der Angeklagten zgedacht war, vielfach kam es überhaupt zu keiner Versammlung. Zwischen Abgeordneten und Staatsbeamtenverein gestaltete sich rasch ein gutes Verhältnis, das in regelmäßigen Besprechungen und zeitweisen größeren Sitzungen ein vollständiges Einvernehmen in bezug auf das Vorgehen erzielte.

Natürlich trug derartiges nicht dazu bei, das Verhältnis zwischen D. V. und Abgeordneten zu einem guten zu gestalten. Der D. V. verlangte das Erscheinen und die Berichterstattung von Abgeordneten bei seinen Sitzungen. Nun konnten die führenden Abgeordneten, die allein über alles hätten Auskunft geben können, nicht jeweilig nach Trebnitz oder Lobositz kommen; andere Abgeordnete aber genügten den Ansprüchen der Herren Volksräte nicht. Da es gewöhnlich irgendwelche Unstimmigkeiten gab, blieben die Abgeordneten, vor allem die agrarischen, oftmals aus, und das ergab neue Verstimmung.

Gegen die Beschlüsse oder Entschliefungen des D. V., welche oft in die Tagespolitik einzugreifen suchten und von den Abgeordneten verschiedenes „erwarteten“, was diese entweder überhaupt oder gerade jetzt infolge der ihnen besser bekannten Sachlage nicht leisten konnten oder wollten, wurde vor allem ein Umstand eingewendet. Der D. V. war allmählich zu einer stattlichen Versammlung von nicht streng umgrenzter Grundlage und Zahl herangewachsen. Außer den Vertretern der politischen Parteien und der das ganze Land umfassenden Vereine und Körperschaften gehörten ihm auch Abgesandte jener Gemeinden und Bezirke an, die dem D. V. einen Beitrag zukommen ließen. Eine solche Körperschaft bedurfte zweifellos einer Geschäftsordnung und eines geschäftsführenden Ausschusses. Das aber lehnten Dr. Titta und Sekretär Ehrlich als engherzig und bürokratisch kleinlich ab. Wer komme, der sei eben da, und die Anwesenden beschließen. Allerdings war den politischen Parteien ein Einspruchsrecht vorbehalten. Aber das konnte die Sache nicht bessern, denn

28) So in Pachers Manuskript. Ernest v. Koerber, geb. 1850 in Trient, 1899 österr. Innenminister, 1900—1904, 1916 österr. Ministerpräsident, 1915—1916 gemeinsamer Finanzminister, gest. 1919 in Gutenbrunn.

die maßgebenden Parteien machten von diesem Rechte keinen Gebrauch, wohl aber jene, die damals so ziemlich kalt gestellt waren: die Fortschrittspartei und Schönerianer.<sup>29</sup> So kam es, daß die Forderung der deutsch-böhmischen Reichsratsabgeordneten, es möge die Hetze der Prager Blätter, insbesondere des Prager Tagblatt, gegen sie mißbilligt werden, nicht angenommen werden konnte, weil Dr. Kafka aus Prag namens der Fortschrittspartei Einspruch erhob.<sup>30</sup> Infolge des Mangels einer festen Geschäftsordnung waren die Mehrheiten, mit welchen Beschlüsse gefaßt wurden, von wechselnder Größe und Zusammensetzung. Einmal war nur die nächste Umgebung von Trebnitz, Leitmeritz, Lobositz, Aussig usw. vertreten, ein andermal war Prag, dann wieder Reichenberg und der Osten, dann wieder vorwiegend das Gebiet westlich der Elbe und Eger vertreten. Man konnte daher solche Beschlüsse nicht als die Meinung des deutschen Volkes in Böhmen betrachten. Und doch erhob der D. V. im Jahre 1913 den Anspruch, als die Vertrauensmännerversammlung der Deutschen in Böhmen zu gelten, wovon später zu erzählen sein wird.

Einen besonderen Anreiz zum Eingreifen in die Tagespolitik bot dem D. V. die mit der Sprachenfrage ja aufs innigste zusammenhängende Angelegenheit der nationalen Abgrenzung. In dieser Frage leistete der D. V., insbesondere die Reichenberger mit Magistratsdirektor Dr. Ringlhan an der Spitze<sup>31</sup>, wirklich Großes und Hervorragendes, wenn auch manches Unerreichbare, ja nicht einmal Wünschenswerte vorgeschlagen wurde. Aber die Abgeordneten vermochten in dieser Frage mit dem D. V. um so schwerer zu einem Einverständnis zu gelangen, da in des Deutschen Volksrats Brust zwei Seelen wohnten. Da waren nämlich die unbedingten Zweiteiler, die Reichenberger und ihre Anhänger aus dem geschlossenen Sprachgebiete auf der einen Seite, auf der anderen die Prager, Pilsner, Budweiser, kurz die Sprachinsulaner, zu denen auch ein großer Teil der deutschen Staatsbeamten hielt, weil sie Prag nicht verlassen wollten, alle diese natürlich Gegner der Zweiteilung. Dr. Titta stand mit seinem innersten Herzen eigentlich auf Seite der letzteren. Er fühlte sich in Trebnitz als „Minderheits-Mensch“, war überhaupt nicht für eine besondere Provinz Deutschböhmen, sondern begnügte sich mit einer allerdings vollständig durchzuführenden Sektionierung der Landesbehörden. Er äußerte sich sogar mitunter, daß er unter solchen Umständen auch gegen weiß-rot und den böhmischen Löwen nichts einwenden würde. Eine Verwirklichung seines Ideals steht noch heute in der deutschen Waisenkommission<sup>32</sup> da, deren vollständige Abtrennung von der tschechischen Kommission ohne irgendwelchen gemeinsamen Obervorsitz er in jahrelangen Kämpfen durchgesetzt hatte.

29) Deutsche Fortschrittspartei in Böhmen (1897—1918), hervorgegangen aus der liberalen Partei; Alldeutsche Partei (Partei Georg von Schönerers). — Georg v. Schönerer, geb. 1842, deutscher Politiker in Österreich, gest. 1921.

30) Dr. Bruno Kafka, geb. 1881 in Prag, 1907 Privatdozent an der deutschen Universität Prag, 1916 Vorsitzender der Deutschen Fortschrittspartei in Böhmen, 1919 o. Univ.-Professor des Zivilrechts, Obmann der deutschen demokratischen Freiheitspartei der Tschechoslowakei, 1920 Abgeordneter des Prager Parlaments, gest. 1931 in Prag.

31) Dr. Ringlhan, Magistratsdirektor in Reichenberg.

32) Es dürfte sich um eine Landeskommission für Waisenpflege handeln.

Die Gegner der nationalen Abgrenzung oder, besser gesagt, der Landes-zweiteilung wagten es aber nicht, angesichts der Stimmung im deutschen Sprachgebiete, sich der Abgrenzung offen zu widersetzen. Sie bedienten sich vielmehr eines Umweges über den Grundsatz „das Bessere ist des Guten Feind“. Sie fanden an allen Abgrenzungsvorschlägen, besonders soweit sie von den Abgeordneten herrührten oder vertreten wurden, immer neue Mängel. Das führten sie auch durch, als der böhmische Landtag nach der Neuwahl von 1908 durch die Deutschen gezwungen wurde, ihre Vorschläge über nationale Abgrenzung und Zweiteilung in Beratung zu ziehen. Führend traten [in dieser störenden und hemmenden Tätigkeit]<sup>33</sup> die Herren von der deutschen Fortschrittspartei auf, die offenbar überhaupt nichts zustande kommen lassen wollten, solange die [deutschböhmisches]<sup>34</sup> Nationalen die Führung [im Reichsrat und Landtage]<sup>35</sup> hatten. Beständig [schürten sie die Unzufriedenheit und forderten:]<sup>36</sup> „Alles oder nichts“, wiesen alles etappenweise Vorgehen zurück und brachten es dazu, daß der böhmische Landtag und Landesausschuß zwar lahmgelegt, aber durch die Verwaltungskommission kaum ein tatsächlicher Fortschritt erzielt wurde. Zu den Führern in diesem Kampfe gehörten Dr. Kafka und Dr. Spina<sup>37</sup>, ihre Sprachrohre waren die Prager und sonstigen liberalen Blätter im Lande. Sie brachten auch die Anhänger der Zweiteilung dazu, immer schärfere Forderungen zu formulieren, und es entstand so der Eindruck, dem einst Kaiser Franz Josef bei einem Delegationsempfange mit den Worten Ausdruck gab: „Es reden zuviele von außen drein.“

#### Volksrat und Vertrauensmännerversammlung

Ein ernster Gegensatz ergab sich zwischen dem Volksrat und den Abgeordneten, als die Obstruktion der deutschen Abgeordneten endlich den Landtag und den Landesausschuß in die Luft sprengte.

Die Verhandlungen über den Ausgleich waren ins Stocken geraten, und der Widerstand der deutschen Abgeordneten, den der neue Oberstlandmarschall Prinz Ferdinand Lobkowitz<sup>38</sup> vergebens durch Umgehung der Geschäftsordnung zu brechen versucht hatte, machte es unmöglich, das dringend notwendige Landesanlehen aufzunehmen, das zur Fortführung des Landeshaushaltes nötig gewesen wäre.

33) In Pachers maschinenschriftlich verfaßtem Text ist an dieser Stelle hier gestrichen und statt dessen der hier in eckige Klammern gefaßte Text von ihm handschriftlich eingesetzt.

34) Von Pacher eigenhändig eingesetzt.

35) desgl.

36) An dieser Stelle von Pacher eigenhändig gestrichen: . . . verbreiteten sie das Schlagwort . . . Anstelle dessen der hier in eckige Klammern gesetzte Text handschriftlich von ihm eingefügt.

37) Dr. Franz Spina, geb. 1868, 1909 Privatdozent an der Deutschen Universität Prag, 1921 o. Univ.-Professor für slawische Philologie, 1925 Vorsitzender des Bundes der deutschen Landwirte in der Tschechoslowakei, mehrfach Minister, gest. 1938.

38) Ferdinand Prinz Lobkowitz, geb. 1850, 1908—1913 Oberstlandmarschall von Böhmen, Vizepräsident des österr. Herrenhauses, gest. 1926.



Der Landesausschuß<sup>39</sup> hätte sonst die Landesverwaltung auch ohne Landtag fortführen können, wenn die Landesumlagen und die Erträgnisse der Landesfonds usw. zur Deckung der Ausgaben ausgereicht hätten. Dann hätte die kaiserliche Genehmigung die Landtagsbeschlüsse ersetzen können. Aber die Aufnahme eines Anlehens begegnete nicht allein dem geharnischten Proteste der deutschen Abgeordneten, sondern erregte bei den Landesausschußbeisitzern selber Bedenken, die deutschen Beisitzer verweigerten ihre Zustimmung, und schließlich hätte sich keine Bank gefunden, ein derart in der Luft schwebendes Darlehen zu gewähren.

Ministerpräsident Graf Stürgk<sup>40</sup>, der selbst einmal der Landesverwaltung von Steiermark angehört hatte, nahm diese Angelegenheit sehr schwer. Obwohl auf Seite der Deutschen stehend, mißbilligte er die Lahmlegung der Landesverwaltung. Doch mußte er sich in das Unvermeidliche fügen. Der Landtag, dessen Frist abgelaufen war, wurde aufgelöst. Der Landesausschuß war zwar nach der Landesordnung solange im Amte, bis ein neuer gewählt war. Doch war diese Bestimmung wertlos, weil er dem Geldmangel in der Verwaltung nicht abhelfen konnte. Prinz Lobkowitz erschien daher beim Kaiser und legte seine Oberstlandmarschallstelle nieder. Damit war der Landesausschuß unvollständig, wurde für aufgelöst erklärt und durch eine Landesverwaltungskommission ersetzt.<sup>41</sup> Der Einfluß des Statthalters Thun wußte es zu hintertreiben, daß diese Landesverwaltungskommission dem von den Deutschen vertretenen Grundsatz der nationalen Zweiteilung entsprechend gebildet worden wäre. Es war eine halbe Maßregel im Sinne jener Regierungsweisheit, die Grillparzer bereits im „Bruderzwist“ gekennzeichnet hat. Erstens gab es einen tschechischen Präsidenten, den Grafen Adalbert Schönborn<sup>42</sup>; zweitens war der Finanzreferent, die Hauptperson im ganzen Verwaltungsausschuß, ein Tscheche; es gab zwar neben einer tschechischen auch eine deutsche Abteilung und einen deutschen Vizepräsidenten, der aber nicht als kraftvolle Persönlichkeit bekannt war. Dieser so gebildeten Verwaltungskommission wurde sofort die kaiserliche Genehmigung zur Aufnahme eines Anlehens erteilt.

Das alles rief bei den Deutschen in Böhmen große Erbitterung hervor. Es wurde dabei ganz übersehen, daß die deutsche Obstruktion ja doch über die tschechische Landtags- und Landesausschußmehrheit gesiegt habe, daß die Landesverfassung kalt gestellt, die Gesetzgebung und die gesetzmäßige Verwaltung lahmgelegt sei, es bereitete große Enttäuschung, daß die deutsche Forderung der nationalen Zweiteilung nicht erfüllt worden sei und daß sich die Landesverwaltung doch in der Hauptsache in tschechischen Händen und

39) Landesausschuß: Ausschuß des Landtages mit verfassungsmäßiger Kompetenz gemäß Landesordnung von 1861.

40) So in Pachers Manuskript. Karl Graf Stürgk, geb. 1859 in Graz, 1909 bis 1911 österr. Unterrichtsminister, 1911–1916 österr. Ministerpräsident, gest. (ermordet) in Wien 1916.

41) Die Landesverwaltungskommission wurde im Juli 1913 nach Sistierung der Landesverfassung an Stelle des Landesausschusses eingesetzt.

42) Graf Adalbert Josef Schönborn, geb. 1854, Jurist, 1885 Reichsratsabgeordneter, 1913 Präsident der Landesverwaltungskommission, gest. 1924. Deutscher Vizepräsident war Hofrat Stitzenberger.

im Besitze der Mittel befinde, die Geschäfte weiterzuführen. Kurz, die Deutschen hatten das Gefühl, die Waffe der Obstruktion sei ihnen entwunden und damit die Aussicht genommen, die nationale Abgrenzung und Selbstverwaltung zu erzwingen.

Alle, die mit dem freundschaftlichen Verhältnisse unzufrieden waren, das zwischen den deutschböhmisches Abgeordneten, die auch dem deutschen Nationalverbände angehörten, und dem Grafen Stürgk bestand, suchten für eine Änderung der Haltung der Deutschböhmen im Abgeordnetenhaus Stimmung zu machen. Es gärte im deutschen Volksrat, in der Leitung in der deutschen Fortschrittspartei in Prag, auch „die Reichenberger“, wie man die um Dr. Ringlhans sich scharende Gruppe von Reichenberger Gemeindevertretern und ihren engeren Anhang nannte, war gleichfalls unzufrieden, man suchte die Unzufriedenheit überall wachzurufen.

Auch die Abgeordneten waren mit dem vorläufigen Ausgang des Obstruktionskampfes nicht zufrieden. Sie hatten zwar verhindert, daß die Verwaltungskommission, wie es Thun und Schönborn ursprünglich geplant hatten, aus Abgeordneten zusammengesetzt wurde. Aber ein bisheriger böhmischer Landtagsabgeordneter, Graf Schönborn, stand doch an der Spitze der Beamtenkommission und schlug die Brücke in die zwanzigjährige tschechische Mehrheitsära der Landesvertretung und Verwaltung. Welche Bedeutung es immerhin hatte, daß es eine Beamtenkommission war und an ihrer Spitze kein ärgerer Tscheche als Graf Schönborn stand, zeigte sich erst nach Kriegsausbruch. Was hätte diese Landesverwaltungskommission, wenn in ihr Abgeordnete vom Geiste der Kramář und Švehla<sup>43</sup> gesessen hätten, da alles anrichten können, wenn es doch sogar Statthaltereirat Pruschak<sup>44</sup> und die tschechischen Bezirkshauptleute zustandebrachten, Deutschböhmen planmäßig auszuhungern! Die deutschen Abgeordneten nahmen es dem Grafen Stürgk übel, daß Statthalter Thun noch am Ruder war — obwohl das weniger Stürgks als des Kaisers Wille war, sie nahmen ihm übel, daß er nicht den Mut gefunden hatte, die Zweiteilung in diesem Augenblicke in Angriff zu nehmen und in der Landeskommission damit zu beginnen. Sie nahmen ihm vor allem übel, daß er, bei dem zwischen ihm und ihnen bestehenden Verhältnisse, die Sache ganz nach eigenem Gutdünken gemacht hatte.

Die Abgeordneten waren ebensowenig geneigt, wenn dies auch der Stimmung der Bevölkerung etwa entsprochen hätte, über den zweifellos errungenen Erfolg etwa einen „Jubel von Teplitz“, wie es die Liberalen im Jahre 1891 getan, anzustimmen, als sie bei der Kundgebung ihres Unwillens über die Art, wie Graf Stürgk diese Sache zu lösen versucht hatte, über das Ziel hinausschießen wollten. Es war damals, im Sommer 1913, wo die Tschechen zur Vergeltung

43) In Pachers Text: Kramarz und Schwehla. Dr. Karel Kramář, geb. 1860 in Hochstedt, 1891—1916 Reichsratsabgeordneter (Jungtscheche), 1916 zum Tode verurteilt, 1917 begnadigt, 1918 Präsident des tschechischen Nationalausschusses, 1918—1919 tschechoslowakischer Ministerpräsident, gest. 1937 in Prag. — Antonín Švehla, geb. 1873 in Hostivař, 1908 Landtagsabgeordneter, 1909 Vorsitzender der tschechischen Agrarpartei, 1918—1920 tschechoslowakischer Innenminister, 1922—1929 Ministerpräsident, gest. 1933 in Hostivař.

44) So in Pachers Text. Prušák, Statthaltereirat in Prag.

für das ihnen in Prag Angetane den Reichsrat lahmgelegt hatten, ganz unmöglich, gegen das Ministerium Stürgk in der Art Stellung zu nehmen, daß dessen Mehrheit erschüttert worden wäre.

Wohl aber sahen es die deutschen Abgeordneten als notwendig an, es offen auszusprechen, wie die deutsche Bevölkerung Böhmens die vorläufige Lösung der „böhmischen Frage“ beurteilte. Die Abgeordneten beschlossen, die Stimmung der Bevölkerung zum ungeschminkten und uneingeschränkten Ausdrucke kommen zu lassen. Die deutschböhmischen Abgeordneten beschlossen die Einberufung einer Vertrauensmännerversammlung aus ganz Deutschböhmen und den deutschen Minderheitsinseln für den 17. August nach Komotau.<sup>45</sup>

Eine solche Vertrauensmännerversammlung hatte es nicht mehr gegeben, seit mit der Alleinherrschaft der liberalen Partei in Böhmen auch die alte Körperschaft der „Vertrauensmänner der Deutschen in Böhmen“, die unter Dr. Schmeykals Vorsitz seit 1861 die Wahlaufrufe und Kandidatenlisten beschlossen hatte, zugrunde gegangen.<sup>46</sup> Die einzelnen Parteien hatten seither gesonderte Parteitage gehalten, ihre selbständigen Kandidatenlisten und Wahlaufrufe herausgegeben. Es galt daher, eine neue Verfassung für eine Vertrauensmännerversammlung, die von den deutschen Wahlbezirken sowie von den Minderheiten in den tschechischen Wahlbezirken aus dem ganzen Lande beschickt sein sollte, zu entwerfen.

Die deutschböhmische Vereinigung im Abgeordnetenhaus, welche die Abgeordneten aller Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, umschloß, entwarf die Grundzüge in dem Sinne, daß jeder Wahlbezirk, der einen Abgeordneten entsendet, fünf Vertrauensmänner stellen solle, während jede deutsche Minderheit eines tschechischen Wahlbezirkes zwei Vertreter haben sollte.<sup>47</sup> Diese Vertreter sollten von einer Versammlung der Wähler ernannt werden. Für das erstemal war diese Bestellung der Vertrauensmänner allerdings nicht allgemein durchzuführen, da besonders in den Landgemeinden eine derartige Wählerzusammenberufung nicht binnen kurzem bewirkt werden konnte. Bei dem sehr entwickelten politischen Leben sowohl bei den deutschen Wahlbezirken, als auch bei den Minderheiten im tschechischen Gebiete war es jedoch durchaus nicht zu befürchten, daß andere als Vertrauensmänner bezeichnet würden als solche Männer, die wirklich das Vertrauen genossen. Der Vorschlag fand auch allgemeine Zustimmung, besonders auch bei den deutschen Minderheiten, die sich über Erwarten reich bedacht sahen, da z. B. jeder Wahlbezirk der Stadt Prag und ihrer Vororte, wie auch der Stadt Pilsen usw.,

45) Komotauer Vertrauensmännerversammlung August 1913. Vgl. dazu das Buch von H. Bachmann, Adolf Bachmann. Ein österreichischer Historiker und Politiker. München 1962. S. 102 f.

46) Seit dem Beginn der parlamentarischen Epoche (1861) war die Verfassungspartei bis zur Ära Taaffe in den deutschen Teilen Böhmens führende politische Fraktion. Nach dem Verfall der parlamentarischen Linken hatte sich eine ganze Anzahl deutscher Parteien gebildet. — Dr. Franz Schmeykal, geb. 1826 in Böhm.-Leipa, deutschliberaler Politiker und Parteiobmann, gest. 1894 in Prag.

47) Obmann der Deutschböhmischen Vereinigung im Abgeordnetenhaus, die eng mit dem Nationalverband zusammenarbeitete, war 1913/18 Raphael Pacher.



je zwei Vertreter hatte. Für eine nächste Vertrauensmännerversammlung konnte die Bestellung der Vertrauensmänner durch Versammlungen der Wähler sowie einer Vertretung der verschiedenen Parteischattierungen in aller Ruhe vorbereitet und bewirkt werden, so daß sich eine für den Bedarfsfall sofort brauchbare Organisation ergab. Für diesmal mußte man sich allerdings damit begnügen, daß die Vertrauensmänner zum Teil ohne formelle Zusammenberufung der Wähler von den politischen Vereinen und Organisationen bestellt wurden.

Wer aber Einspruch erhob, das war der deutsche Volksrat. Diese Körperschaft erklärte nämlich, daß sie die Versammlung der Vertrauensmänner der Deutschen in Böhmen sei.

Dr. Titta, der gleich anderen Volksratsmitgliedern in dem Wahlbezirke, dem er angehörte, als Vertrauensmann gewählt worden war, erschien zwar am Vertrauensmännertage in Komotau, erhob jedoch dort bei den Abgeordneten Beschwerde.

Obzwar es klar war, daß eine Vertrauensmännerversammlung, welche als ein Mittelglied zwischen den Abgeordneten und der Gesamtwählerschaft hören, beraten und beschließen sollte, aus den politischen Wählerorganisationen hervorgehen müsse und nach gleichen Grundsätzen aus allen Wahlbezirken herausgebildet werden müsse, während der D. V. etwas derartiges nicht allein wegen seiner ganz verschiedenartigen Bestandteile, sondern auch schon deswegen nicht sein konnte, weil ihm ja Abgeordnete als Vertreter ihrer Parteien selbst angehörten — so wurde doch von den Abgeordneten mit Mitgliedern des Volksrates noch in Komotau selbst eine Besprechung abgehalten, welche auf dem Gedanken aufgebaut war, die Mitglieder des Volksrates in die Zahl der Vertrauensmänner einzugliedern. Endgültiges wurde einer späteren Beratung vorbehalten, die auch in Prag stattfand, aber zu keiner Vereinbarung führte.<sup>48</sup>

Unter den Abgeordneten hatte dieses Ereignis die Lust an weiteren derartigen Veranstaltungen wesentlich herabgemindert. Und doch wäre es ein Segen gewesen, wenn während des Krieges, der ja ein Jahr darauf ausbrach, und besonders beim Umsturz, eine so organisierte Vertrauensmännerschaft der Deutschen in Böhmen vorhanden gewesen wäre, welche sowohl Deutschböhmen, das ist das deutsche Sprachgebiet, als auch die deutschen Minderheiten umfaßt und zu vertreten befugt gewesen wäre.

Die Frage der Abgrenzung des deutschen Sprachgebietes und der Schaffung bez. Neugestaltung der Gerichtsbezirke, dieser Zellen aller staatlichen und auch autonomen Organisation in Österreich, auf Grund dieser Abgrenzung war vom D. V. unter hervorragender Mitarbeit von Dr. Ringhlan und der Reichenberger Vertrauensmänner, wie bereits gesagt, zum Gegenstande eingehender Beratungen und bis ins einzelne ausgearbeiteter Entwürfe gemacht worden.

In der Hauptsache war ja diese Angelegenheit, nämlich die Abgrenzung, bereits durch das Reichsratswahlgesetz vom 26. Jänner 1907 RGB. No. 17 gelöst, freilich nur für den einzigen Zweck der Vornahme der Wahl für das Abgeord-

48) vgl. die Ausführungen in dem Artikel der „Bohemia“ (Prag) vom 27. 9. 1913: „Eine Erklärung Dr. Tittas“ (betr. die Einigung zwischen den Abgeordneten und dem Deutschen Volksrat).

netenhaus. In den 55 deutschen Wahlbezirken war jedes mit dem deutschen Sprachgebiete zusammenhängende Dorf miteinbezogen und vom tschechischen Gebiete mit seinen 75 Wahlbezirken getrennt. Allerdings hatte diese Abgrenzung, wenn man sie damals überhaupt bringen wollte, bei den Gemeinden haltmachen müssen. Es blieb immerhin noch eine Anzahl von deutschen Ortschaften, die aus tschechischen Gemeinden herausgeschält werden konnten, sowie umgekehrt von tschechischen Ortschaften in deutschen Gemeinden übrig. Diese Ergänzung wurde nun bei den Arbeiten des D. V. vorgenommen. Ebenso wurde die Arbeit gemacht, die bei dieser Reichsratswahlordnung ganz unverändert gebliebenen gemischten Gerichtsbezirke und die aus den Gerichtsbezirken zusammengesetzten Bezirkshauptmannschaften national zu zerlegen, hier Bruchteile eines Bezirkes zu einem anderen zu schlagen, dort einen ganz neuen Bezirk zu bilden. Dies war eine umso schwierigere Arbeit, als dabei der Widerstand der deutschen Landsleute selbst zu überwinden war, die mitunter aus einer altgewohnten Verbindung nicht hinaus — von einer bequem gelegenen nicht weg wollten. Als Beispiel möge folgendes Geschichtchen von der Leitmeritzer Sprachgrenze, in nächster Nähe des Sitzes des D. V., dienen. Um den Gerichtsbezirk Leitmeritz rein deutsch zu gestalten, sollte ein neues Bezirksgericht für die abgetrennten tschechischen Gemeinden in Bauschowitz errichtet werden. Da meldete sich nun im Laufe der Erhebungen die deutsche Stadtgemeinde Theresienstadt, die beim Gerichtsbezirke Leitmeritz verbleiben sollte, und bat darum, zum Sitz dieses tschechischen Bezirksgerichtes erkoren zu werden. Das war ganz heimlich geschehen und kam erst heraus, als Minister Seidler<sup>49</sup> im Mai 1918 seine Verordnung über die nationale Abgrenzung in Böhmen nach Bezirkshauptmannschaften und Kreisen herausgab, worin, zum Erstauen und zur Entrüstung der Deutschen, Theresienstadt der tschechischen Bezirkshauptmannschaft Raudnitz zugeteilt war. Auf die sofortige Beschwerde der deutschen Abgeordneten wurde ihnen obige Tatsache zu ihrer größten Überraschung mitgeteilt. Freilich war das keine Entschuldigung für das Ministerium des Innern, das Theresienstadt trotzdem bei der Bezirkshauptmannschaft Leitmeritz hätte belassen können, da es nach der letzten Volkszählung mit Einrechnung des Militärs eine deutsche Bevölkerungsmehrheit und auch eine — nach dem Erzählten allerdings nicht sehr verlässliche — deutsche Gemeindevertretungsmehrheit hatte. Ob man damit vielleicht den Tschechen eine kleine Gefälligkeit erweisen wollte? Jedenfalls verlangten die deutschen Abgeordneten die Abänderung dieser Bestimmung. Vielleicht sollte diese, nebenbei gesagt, eine Entschädigung bilden dafür, daß die deutschen Abgeordneten die Zuteilung der Stadtgemeinde Trebnitz, die eine tschechische Bevölkerungsmehrheit und eine ganz tschechische Gemeindevertretung hatte, zu der deutschen Bezirkshauptmannschaft Lobositz durchgesetzt hatten.

Die Arbeiten des vom D. V. eingesetzten und auch von den politischen Parteien, beziehungsweise den Abgeordneten beschickten Zweiteilungsausschusses erstreckten sich aber auch auf alle Gesetzentwürfe, deren Ausarbeitung notwendig war, wenn man für Deutschböhmen eine vollständig selbständige Ver-

49) Ernst v. Seidler, geb. 1862 in Schwechat, 1906 Professor des Verwaltungsrechts an der Hochschule für Bodenkultur in Wien, 1909 Sektionschef im österr. Ackerbauministerium, 1917—1918 österr. Ministerpräsident, gest. 1931 in Wien.

waltung sowohl in Staats- als in Landesangelegenheiten schaffen wollte.<sup>50</sup> Statthaltereirei, Finanz- und Postdirektion, Eisenbahndirektion, dann wieder Landesaussschuß und Landesämter, dabei die Kreisverwaltung mit der Schaffung einer gewählten Kreisvertretung, die Frage, ob die Bezirksverwaltungen aufrecht zu erhalten seien oder nicht, die weitere Frage der Reform der Gemeindeverwaltung und des Gemeindewahlrechtes, von deren Lösung in ihrem Sinne die Sozialdemokraten ihre Mitwirkung abhängig machten und mit der die Wahlrechtsfrage für die Kreisausschüsse und den Landtag zusammenhing, endlich Sprachengesetze für die Staats- und für die autonomen Behörden sowie für deren Verkehr untereinander — all das waren Aufgaben, bei deren Lösung der genannte Zweiteilungsausschuß den in den Ausgleichsverhandlungen begriffenen deutschböhmisches Landtagsabgeordneten bereitwillig und arbeitseifrig zur Seite stand.<sup>51</sup>

Nur wurde, unter vereinter Bemühung der Liberalen einerseits und der Schönerianer andererseits, die Durchsetzung auch der weitestgehenden Vorschläge bis auf das i-Tüpfelchen den Abgeordneten als Pflicht auferlegt und, wenn dies gegenüber dem Widerstande der Tschechen und wohl auch der Regierung nicht gelang, über Verrat oder mindestens über Schwäche und Nachgiebigkeit geschrien.

Im Verlaufe dieser Ausgleichsverhandlungen, wo wirklich eine Menge Fragen, mit denen sich der D. V. zu beschäftigen wohl berufen war, mit einbezogen wurden, gestaltete sich das Mitreden dieser Körperschaft in rein politischen, ja selbst taktischen Fragen zur Gewohnheit und wurde zu einem großen Übelstand.

Der D. V. wurde hierbei oft ohne sein Wissen zu einseitigen parteipolitischen, ja persönlichen Zwecken ausgenützt. Ein Beispiel bietet die Frage, die im Laufe der Landtagsobstruktion auftauchte, ob man eine Neuwahl des Landesaussschusses zulassen oder auch diese obstruieren solle. Für die Deutschen im allgemeinen, d. h. für das Kräfteverhältnis zwischen Deutschen und Tschechen im Landesaussschuß, war es ganz gleichgültig, ob man diese Frage mit ja oder nein beantwortete. Aber für die deutsche Fortschrittspartei war es nicht gleichgültig. Denn im Landesaussschusse saßen vom Jahre 1902 her zwei Liberale, Eppinger und Werunsky, als Beisitzer und ein Liberaler, Urban, sowie ein Volksparteiler, Legler, als Ersatzmänner.<sup>52</sup> Nun hatte sich durch die Wah-

50) Zweiteilungsausschuß, vom Deutschen Volksrat und von den Abgeordneten beschiedt. Er arbeitete unter Magistratsdirektor Dr. Ringhan (Reichenberg) an allen Gesetzentwürfen, die eine selbständige Verwaltung der deutschen Bezirke Böhmens gewährleisten sollten. Dr. Titta war 1909 Vorsitzender des Unterausschusses für die Vornahme der Bezirksabgrenzung.

51) Das Material für Ausgleichsverhandlungen wurde auch vom Volksrat zusammengestellt. Vgl. das Kanzleiarchiv in Trebnitz.

52) Dr. Karl Eppinger, geb. 1853, Advokat und liberaler Politiker, Obmann der Deutschen Fortschrittspartei, gest. 1911. — Dr. Albert Werunsky, Advokat in Prag, Landesaussschuß-Beisitzer, Bruder des Historikers Hofrat Prof. Emil Werunsky. — Dr. Karl Urban, geb. 1855, 1901—1918 Reichsratsabgeordneter (Deutsche Fortschrittspartei), 1916—1917 österr. Handelsminister, 1918—1919 österr. Staatssekretär für Handel. — Legler, Landtagsabgeordneter.



len das Parteienverhältnis bei den Deutschen wesentlich verschoben. Von diesen vier Posten hätte mindestens je einer an die Deutschradikalen und an die Agrarier fallen müssen, wenn nicht auch noch ein dritter Posten für eine Vereinbarung zwischen beiden Parteien in Betracht gekommen wäre.<sup>53</sup> Nun war es ein Grundsatz der liberalen Führer in Prag, worin sie sich mit den Reichenberger schönerrianisch angehauchten Führern, mit den Prager liberalen Blättern, mit der Reichenberger Zeitung und mit der von einem Schönerianer geleiteten liberalen Tetschen-Bodenbacher Zeitung zusammenfanden, daß den Deutschradikalen und den damals mit ihnen in gutem Einvernehmen stehenden Agrariern kein Erfolg gegönnt werden dürfe. Es dürfe überhaupt nichts zustande kommen, solange diese obenan seien. Deshalb wurde erklärt, es müsse auch die Neuwahl des Landesausschusses obstruiert werden. So behielten nicht allein Eppinger und Urban, sondern auch der gar nicht mehr in den Landtag gewählte Werunsky ihre wichtigen und einflußreichen Posten. Da aber der Landesausschuß nach § 19 der Landesordnung solange im Amte zu bleiben hatte, als kein neuer gewählt war, wurde mit der Obstruierung der Neuwahl die rechtliche Grundlage seiner Betätigung und die Rechtsgültigkeit seiner Verfügungen nicht im mindesten erschüttert.<sup>54</sup> Die ganze Sache hatte also keinen anderen Zweck, als den eben gekennzeichneten, nämlich den politisch abgewirtschafteten Liberalen wenigstens diesen Teil ihres Einflusses noch zu bewahren. Der Bevölkerung aber wurde es als eine Steigerung der Obstruktion bis aufs äußerste dargestellt, daß man nicht einmal die allererste Funktion eines neuen Landtags, die Wahl eines neuen Landesausschusses, zulasse.

[Als Anlaß] zu einem Entrüstungsturm gegen das ganze im Landtage endlich in Fluß gekommene Ausgleichswerk wurde der Entwurf für die Regelung der Sprachenfrage in der Gemeinde Prag genommen, welchen der liberale Landtagsabgeordnete Dr. Maly, dem in dem betreffenden Subkomitee der deutschradikale Prof. Reichel zur Seite stand<sup>55</sup>, mit den Tschechen vereinbart hatte. Diese Vereinbarung bot den Deutschen allerdings außerordentlich wenig. Übrigens war es auch erst nur eine Vorvereinbarung. Die Verantwortung für diesen Mißerfolg konnte nur Dr. Maly tragen, der ja in Prag als Advokat sesshaft war, der Prager liberalen Parteileitung angehörte und genau wissen mußte, was die Deutschen in Prag unbedingt verlangen mußten. Reichel dagegen war Gymnasialprofessor, ein Deutschböhme, in Teplitz wohnhaft, und konnte in dieser Frage Maly nicht belehren oder beeinflussen wollen. Dennoch wußte es die liberale Presse so zu drehen, daß der schuldlose Reichel, erbittert über die ungerechten Vorwürfe, sein Mandat niederlegte, während Dr. Maly, der Wissende und, wenn man will, Schuldige, ruhig auf seinem Platze blieb.

53) Die Deutschradikale Partei, aus den „Freialldeutschen“ hervorgegangen, stand im Gegensatz zu der Alldeutschen Partei auf dem Boden des österreichischen Staates. — Die Deutsche Agrarpartei, um 1905 aus ehemaligen Anhängern der Fortschrittspartei und der Alldeutschen Partei gebildet; ebenfalls eine staatsreue Partei. Vgl. P. Molisch, Geschichte der deutschnationalen Bewegung in Österreich. . . Jena 1926. S. 213.

54) Landesordnung für Böhmen vom 26. Februar 1861.

55) Dr. Maly, Advokat und Landtagsabgeordneter. — Reichel, Gymnasialprofessor und Landtagsabgeordneter.

Als die Ausgleichsverhandlungen infolge des Eingreifens von Dr. Kramář<sup>56</sup> und des Ablebens von Dr. Škarda<sup>57</sup> sowohl in Wien als in Prag scheiterten, dauerten die Beratungen in und mit dem D. V. fort, da es jetzt galt, die Durchführung der Zweiteilung, wenigstens soweit sie von Landtagsbeschlüssen abhängig war, angesichts der Lahmlegung des Landtages und später angesichts der Auflösung von Landtag und Landesausschuß durch kaiserliche Verordnungen zu erringen.

Das Jahr 1914 begann mit einer Schließung der von den Tschechen obstruierten Reichsratstagung. Als der Krieg ausbrach, wurde der Reichsrat endgültig geschlossen und erst im Mai 1917 wieder eröffnet. Diese drei Jahre hätten genügend Gelegenheit geboten, die Zweiteilung in Böhmen auf dem Verordnungswege in Kraft zu setzen und diese Verordnungen einem späteren Reichsrate und Landtage zur nachträglichen Genehmigung oder Abänderung vorzulegen.

Der D. V. in Böhmen hatte in der Kriegszeit ähnliche Körperschaften auch in Wien und Niederösterreich, Steiermark, Kärnten und Salzburg entstehen gesehen, die sich später zu gemeinsamen Tagungen zusammenfanden. Diese Körperschaften übernahmen es, in Zusammenarbeit mit einer Anzahl von Abgeordneten die Grundzüge einer Neuordnung Österreichs nach dem Kriege vorzulegen.

Für Böhmen waren die Reichsratsabgeordneten und gewesenen Landtagsabgeordneten, die auch nach Auflösung des Landtages beisammen blieben, unablässig bemüht, den Grafen Stürgk zur Herausgabe der Verordnungen über die Zweiteilung der staatlichen und autonomen Verwaltung zu bewegen. Als er sich im Oktober 1916 dazu entschloß, fuhr die Mörderhand des Dr. Adler dazwischen.<sup>58</sup> Graf Stürgk hatte den Abgeordneten Pacher und Wolf<sup>59</sup> in einer längeren Unterredung zugesagt, daß er die Zweiteilung nunmehr in Angriff nehmen werde. Die Abgeordneten sollten in einer Versammlung über die ersten von ihnen verlangten Verfügungen sich aussprechen, da diese Verfügungen in einer gewissen Aufeinanderfolge geschehen sollten. Es war bekannt, daß der Kaiser bei Stürgk angefragt habe, wann er die böhmischen Sachen bekomme. Ebenso ist festgestellt, daß Graf Stürgk zwei Tage vor seiner Ermordung mit dem Ministerium des Innern telephonisch vereinbart hatte, daß man die Sache am Dienstag angehen werde.

An jenem Samstag, wo Graf Stürgk sein blutiges Ende fand, waren die deutschen Abgeordneten in Prag im Begriffe, sich zu versammeln. Für den Abend war eine Vorbesprechung im Deutschen Hause angesetzt, am Sonntag vormittag die Vollversammlung im Spiegelsaale. Da traf am Nachmittag die Schreckensnachricht aus Wien ein. Die Versammlung der Abgeordneten nahm ergriffen den Bericht über die Äußerungen, die Absichten des Grafen Stürgk entgegen und widmete ihm in dankbarer Erinnerung einen Kranz.

56) Im Pacherschen Text: Kramarz.

57) Dr. Wenzel Škarda, geb. 1861 in Prag, Advokat und tschechischer Politiker, 1894 Landtagsabgeordneter, 1907 Herrenhausmitglied, gest. 1912.

58) Dr. Friedrich Adler, geb. 1879 in Wien, erschloß Graf Stürgk am 21. 10. 1916; 1923 Sekretär der Internationale sozialistischer Arbeiterparteien in Zürich.

59) Karl Hermann Wolf, geb. 1862 in Eger, seit 1897 Landtagsabgeordneter, 1897—1918 Reichsratsabgeordneter (Deutschradikale Partei), gest. 1941 in Wien.

Ministerpräsident Körber, der alte Freund und Vertrauensmann des D. V., hätte nun seinerseits die Absichten Stürgks übernehmen und ausführen können. Er beschäftigte sich aber vor allem mit dem Polenmanifest, das vor seinem Amtsantritt erlassen worden war und das er nicht mit Unrecht schwer beklagte. Im übrigen bemühte er sich, mit den Führern der deutschen Arbeiterpartei, von denen Knirsch allerdings dem D. V. als eifriges Mitglied angehörte, vertrauliche Verhandlung zu pflegen, da sie behaupteten, die kommenden Männer zu sein.<sup>60</sup>

Bei seinem Sturz weinte ihm niemand eine Träne nach. Als Nachfolger kam statt Spitzmüllers<sup>61</sup> plötzlich Graf Clam-Martinitz<sup>62</sup>, einst der tschechenfreundliche Vorsitzende des Ausgleichsausschusses im Prager Landtage, ans Ruder, neben ihm der in die ganze Ausgleichs- und Abgrenzungsmaterie vollständig eingearbeitete Dr. Urban, aber als Handelsminister, und Dr. Bärnreither<sup>63</sup>, gleichfalls ein Kenner, aber nicht gerade ein begeisterter Freund der Abgrenzung, doch auch er nicht als Landsmannminister, sondern als Minister für soziale Fürsorge. Nun kamen die Abgrenzungsfragen, die ja schon vorher im Ministerium des Innern von Sektionschef Wenedikter<sup>64</sup> in immer neuen Entwürfen bearbeitet worden waren, in Fluß, sie wurden auch den unablässig drängenden deutschböhmisches Abgeordneten zum Teil gezeigt, aber kaum in die Hand gegeben, aber von einer Vorlage dieser Entwürfe an den jungen Kaiser Karl zur Genehmigung hörte man nichts. Kurz, die Sache wurde solange hinausgeschoben, bis infolge des Sozialistenkongresses von Stockholm Graf Czernin<sup>65</sup> dem Grafen Clam-Martinitz mitteilte, er müsse die Einberufung des Reichsrates verlangen.

Damit war selbstverständlich die Hoffnung auf die Erlassung der Verordnungen auf Grund des § 14 begraben.<sup>66</sup>

Die Einberufung des Reichsrates war leider von einer knappen Mehrheit des

60) Deutsche Arbeiterpartei in Österreich. Nichtmarxistische Fraktion, an deren Spitze in Böhmen Hans Knirsch stand. 1911 hatte sie drei Abgeordnete im Reichsrat.— Hans Knirsch, geb. 1877 in Siebendorf, 1911—1918 Reichsratsabgeordneter, Obmann der Deutschen Arbeiterpartei in Böhmen, gest. 1933.

61) Alexander Frhr. v. Spitzmüller-Harmersbach, geb. 1862 in Wien, 1915 bis 1916 österr. Handelsminister, 1916/17 österr. Finanzminister, gest. 1953 in Velden.

62) So in Pachers Manuskript. Heinrich Graf Clam-Martinitz, geb. 1863 in Wien, 1916 österr. Ackerbauminister, 1916—1917 österr. Ministerpräsident, 1917—1918 Militärgouverneur in Montenegro, gest. 1932 in Clam.

63) Dr. Joseph Maria Baernreither, geb. 1845 in Prag, 1885—1907 Reichsratsabgeordneter, seit 1907 Mitglied des österr. Herrenhauses, 1898 österr. Handelsminister, 1916—1917 Minister o. P., 1918 Bevollmächtigter der österr. Republik in den Niederlanden, gest. 1925 in Teplitz.

64) Dr. Richard Wenedikter, Sektionschef im österr. Innenministerium.

65) Ottokar Graf Czernin von und zu Chudenitz, geb. 1872 in Dimokur, 1903 böhmischer Landtagsabgeordneter, 1912 Mitglied des österr. Herrenhauses, 1913—1916 österr.-ungarischer Gesandter in Rumänien, 1916—1918 österr.-ungarischer Außenminister, gest. 1932 in Wien.

66) § 14 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21. 12. 1867 (RGBl. Nr. 141).



deutschen Nationalverbandes selbst verlangt worden.<sup>67</sup> Die Abgeordneten der innerösterreichischen Länder, vor allem von Tirol, Kärnten, Steiermark, aber auch Salzburg und Oberösterreich, verlangten sie zum Schutz gegen die Übergriffe der Militärgewalt. Deutschböhmen, dessen Söhne wegen der Unverlässlichkeit der Tschechen auf allen Kriegsschauplätzen große Verluste erlitten, während das deutsche Gebiet von den tschechischen Statthaltereibeamten dem Verhungern ausgesetzt wurde, wußte gar wohl, daß der Reichsrat nichts nützen, sondern nur dem Kriegserfolg schaden könne. Aber den Vertretern der anderen Länder, besonders den Tirolern und Steirern, aber auch den Mähnern und Schlesiern, war die Abgrenzung nicht erwünscht, und sie machten sich nichts daraus, daß nun die Zweiteilungsverordnungen für Böhmen zum mindesten vertagt waren. Diese grundverschiedene Auffassung in der Frage der Länder mit gemischter Bevölkerung trug eigentlich die Hauptschuld daran, daß die Selbstverwaltung Deutschböhmens erst im Mai und September 1918 verwirklicht wurde, aber auch damals wegen des Umsturzes auf dem Papier blieb.<sup>68</sup>

In Tirol und in Steiermark wurde schon 1848 dem Gedanken einer nationalen Sonderstellung und Selbstverwaltung von Welschtirol und von Untersteiermark heftiger Widerstand entgegengesetzt. Für Welschtirol mag man dies wegen der zweifellosen Gefährdung durch das nahe Italien, für Untersteiermark mit Rücksicht auf die deutschen Städte und Märkte, voran Marburg und Cilli, sowie wegen des niedrigen Standes der slowenischen Sprache und Literatur und der Volksbildung überhaupt gelten lassen. In Mähren war diese Gleichgültigkeit gegen eine nationale Abgrenzung solange zu verstehen, als nahezu alle Städte deutsch waren bzw. deutsche Gemeindevertretungen hatten. Auch später noch, als diese Städte, soweit sie nicht im deutschen Sprachgebiete lagen, alle gefallen waren, machte die Frage, was aus Iglau, Brünn und Olmütz mit ihren Sprachinseln werden solle, die nationale Abgrenzung, die durch die nahezu vollständige Geschlossenheit Nordmährens von Zwittau über Mähr.-Schönberg nach Neutitschein und die gleichfalls geschlossene südmährische Gegend um Znaim geradezu gegeben war, zwar schwierig, aber nicht unmöglich. Dennoch wählten die Deutschen Mährens für die Reichsratswahlordnung im Jahre 1907 den Grundsatz der Personalwahl, indem sie einen nationalen Kataster aufstellten und das ganze Land in deutsche und dann wieder in tschechische Wahlbezirke einteilten, wobei die deutschen Wahlbezirke für das tschechische Sprachgebiet, ebenso wie die tschechischen für das deutsche, sehr groß waren, weil sie aus all den Minderheiten der einzelnen Städte und Gemeinden eine ebenso große Anzahl Wähler aufweisen mußten wie die natürlich viel kleineren Wahlbezirke im eigenen Sprachgebiete. Diese Grundlage für die Reichsratswahlordnung, welche mit dem im Landtage geschlossenen Ausgleich zusammenhing, erwies sich für die Deutschen in keiner Weise nützlich. Das Deutschtum in den tschechischen Gegenden verlor durch den Zwang, sich in

67) Der Nationalverband war ein Kartell der deutschen bürgerlichen Parteien Österreichs (gegründet 1910).

68) Verordnung des Ministers des Innern über die Kreiseinteilung in Böhmen. RGBl. vom 19. 5. 1918; Kundmachung des Ministers des Innern, betr. das neue Statut der Landesverwaltungskommission des Königreiches Böhmen vom 27. 9. 1918. Landesgesetzblatt für das Königreich Böhmen vom 30. 9. 1918.

einem öffentlich aufliegenden deutschen Wahlkataster einzeichnen zu müssen, eine Menge Anhänger, indem sie es entweder überhaupt vermieden, sich einzeichnen zu lassen, oder sich wieder streichen ließen, nachdem sie von der tschechischen Mehrheit infolge ihres Bekenntnisses zum Deutschtum allerlei persönliche und geschäftliche Schädigung erlitten hatten. Die Deutschen, die beinahe ausschließlich den Intelligenzberufen, dem Handel und Gewerbe angehörten, waren da der schwächere Teil. Die tschechischen Minderheiten im deutschen Sprachgebiete, vorwiegend Arbeiter, Gehilfen, Kleingewerbetreibende usw., waren an und für sich aus härterem Stoff, erfuhren wenig Anfeindung und wußten besser Widerstand zu leisten. Es ging den Deutschen dabei ebenso wie mit der Zweisprachigkeit. Sie hatten beim Ausgleich gemeint, wenn sie bei allen öffentlichen Aufschriften die Zweisprachigkeit gesetzlich festlegen ließen, so gewinne die deutsche Sprache, weil ja dreiviertel des Landes tschechisch sei. Indessen wußten die Tschechen in ihrem Gebiete die deutschen Aufschriften, wenn sie überhaupt angebracht wurden, bald zu beseitigen, während sie die Aufrechterhaltung der tschechischen Aufschriften im deutschen Gebiet streng und unablässig überwachten.<sup>69</sup>

In Böhmen war also die nationale Abgrenzung seit der Reichsratswahlreform von 1907 schon durchgeführt. Man wußte ganz genau, daß Deutschböhmen, wie es in der Reichsratswahlordnung abgegrenzt war, auf einer Grundfläche von 1.947.748 Hektar eine Gesamtbevölkerung von 2.562.129 Einwohnern, unter denen nur 144.451 Tschechen waren, umfaßte, und daß diesem ein Tschechischböhmen gegenüberstand mit einem Flächenraume von 3.246.923 Hektar mit einer Gesamtbevölkerung von 4.207.249 Einwohnern, von denen nur 95.137 Deutsche waren. Die Möglichkeit der Abgrenzung war also dargetan, ebenso die hohe Gerechtigkeit dieser Maßregel, welche darin lag, daß die Minderheit im deutschen Gebiet nicht einmal 150.000, im tschechischen Gebiet nicht einmal 100.000 betrug. Freilich lagen unter diesen 95.000 Deutschen des tschechischen Sprachgebietes die 37.406 Deutschen in Prag und dessen Vororten und die 10.036 Deutschen der Stadt Pilsen, wozu allerdings bald auch die Stadt Budweis kommen mußte, die noch eine deutsche Gemeindevertretungsmehrheit, aber bereits eine starke tschechische Bevölkerungsmehrheit aufwies.<sup>70</sup> Für die Auffassung der Regierungskreise war es bezeichnend, daß der Minister des Innern im Ministerium Seidler, Graf Toggenburg<sup>71</sup>, seine Verwunderung darüber aussprach, daß die deutschen Abgeordneten auf irgend ein kleines Dorf an der Sprachgrenze mit nicht einmal hundert Einwohnern mehr Wert legten als auf das Deutschtum in Prag oder Pilsen. Es wurde ihm die Antwort gegeben, daß es sich bei der Abgrenzung eben um den Teil von Böhmen handle, wo Land und Leute deutsch seien, und daß man dabei erwägen müsse, wie möglicher-

69) Pachters Kritik richtet sich gegen den Mährischen Ausgleich (1905), der ein bedeutsamer Lösungsversuch auf der Grundlage des Volkstumskatasters war.

70) Diese Ausführungen beruhen zum Teil auf Pachters Abhandlung „Deutschböhmen, wie es gesetzlich bereits besteht“. Wien 1918. Vgl. besonders S. 5 ff.

71) Friedrich Graf Toggenburg, geb. 1866 in Bozen, 1913—1917 Statthalter in Tirol, 1917—1918 österr. Innenminister.

weise auf dem Grund und Boden, der heute zu der kleinen Gemeinde gehöre, eine ganze Stadt mit Tausenden von Einwohnern erstehen könne. Etwas ganz anderes sei es mit den in Prag oder Pilsen verstreut in einzelnen Häusern oder Stockwerken wohnenden Deutschen, so wertvoll natürlich jeder einzelne an und für sich und noch ganz besonders durch seine geistigen Eigenschaften, seine Stellung, seinen Besitz für das deutsche Volkstum sei. Diese deutschen Minderheiten kämen aber für die Abgrenzung nicht in Frage. Für diese müßte durch einen gesetzlichen Minderheitsschutz vorgesorgt werden, für den die Tschechen schon deshalb zu haben sein müßten, weil sie ja auch ihre Minderheiten im deutschen Sprachgebiete hätten, wenn diese auch in den vorgenannten Beziehungen mit den deutschen Minderheiten nicht zu vergleichen wären.

Die früheren Regierungen hatten noch einen anderen Grund gegen die Abgrenzung. Sie wollten in der Landeshauptstadt Prag an den dortigen Deutschen, deren Stellung bei Aufrechthaltung der Landeseinheit als eine günstigere erschien, einen Rückhalt gegen die tschechische Mehrheit haben und vor allem die deutsche Amtssprache gestützt sehen. Da es aber die Regierungen seit Jahrzehnten nicht wagten, die deutsche Sprache in Prag gegen die Tschechen wirksam zu verteidigen, so zwar, daß sie die städtische elektrische Straßenbahn ohne amtliche Kollaudierung in Betrieb setzen ließen, um nicht beanstanden zu müssen, daß die Warnungstafeln wegen herabhängender Drähte usw. von der Stadtgemeinde nur in tschechischer Sprache bezeichnet waren, — so konnte das Prager Deutschtum, das ja politisch ganz ohnmächtig und jedem Straßenaufmarsch preisgegeben war, dem Staate Österreich in seiner Verwaltung wenig nützen. Man konnte auch nicht von einer „Preisgebung“ des Deutschtums in Prag durch die Abgrenzung sprechen, da ja den Deutschen dort selbst der Zusammenhang mit dem deutschen Sprachgebiete gar nichts helfen konnte und der einzige Schutz für sie gegen die Prager Stadtverwaltung, deren Oberhaupt ja zugleich Bezirkshauptmann war, nur von der Statthalterei ausgehen konnte, die ja auch weit überwiegend tschechisch war.

Als der Reichsrat im Mai 1917 wieder zusammentrat, kamen die Tschechen sofort mit der Erklärung angerückt, in der sie die Anerkennung der Sonderrechte der Länder der böhmischen Krone und die Vereinigung der ungarischen Slowakei mit dieser Krone forderten.<sup>72</sup> Diese freche Herausforderung hätte sofort zur Antwort die Gegenforderung: Errichtung eines selbständigen Kronlandes Deutschböhmen, verdient. Daß dieselbe noch nicht erfolgte, hatte seinen Grund darin, daß die deutschböhmisches Abgeordneten ihre Sache im Zusammenhang mit der ganzen Neugestaltung von Österreich, insbesondere aber auch im Einvernehmen mit den deutschen Herrenhausmitgliedern aus Böhmen sowie mit den Abgeordneten von Mähren und Schlesien behandeln wollten.

Der D. V. geriet erst in Erregung, als die Begnadigung des Dr. Kramář und seiner Mitschuldigen erfolgte und durch die ungeschickte Durchführung dieser Maßregeln das Gepräge eines Regierungsaktes gewann. Das Begnadigungsrecht des Kaisers wurde von keiner Seite angefochten, obgleich über diese Verfü-

72) vgl. Schicksalsjahre Österreichs 1909—1919. Das politische Tagebuch Josef Redlichs. Bearb. v. F. Fellner. Bd II, Graz, Köln 1954. S. 207, Anm. 26.



gung selbst das Urteil ziemlich einmütig war. Indem aber dieser Begnadigungsakt vom Ministerpräsidenten Dr. Seidler gegengezeichnet war und von ihm im Justizausschusse des Abgeordnetenhauses feierlich verkündet wurde, wurde der Ministerpräsident und sein Kabinett mit der Verantwortlichkeit belastet.<sup>73</sup>

Das Ministerium Seidler, das gleich nach Eröffnung des Reichrats dem Ministerium Clam gefolgt war, wurde von den Abgeordneten, auch denen Deutschböhmens, mit Vertrauen aufgenommen, da es auch aufrichtig bemüht war, den Beschwerden der Deutschen, besonders auch in den Ernährungsfragen, abzuhelpen. In den Angelegenheiten Böhmens und in der deutsch-tschechischen Frage war es allerdings mit keinerlei Kenntnissen oder Erfahrungen belastet. Es war schmerzlich und lächerlich zugleich, das Erstaunen zu betrachten, mit dem diese Herren den Eindruck aufnahmen, den die Begnadigung von Kramář und Genossen hervorrief. Es waren ja, so meinte man, neben den Tschechen auch Deutsche begnadigt worden. Daß aber zwischen den begnadigten deutschen und tschechischen Verbrechern ein gewaltiger Unterschied war, bedachte man nicht. Der schwerste Fall auf deutscher Seite war eine Gastwirtin in Tirol, die in der Verzweiflung erklärt hatte, sie gebe keinem Soldaten mehr ein Ei, wofür sie allerdings beinahe standrechtlich erschossen worden wäre. Daß man damit die Schuld des Herrn Kramář und seiner Abgeordnetenkollegen, des Direktors der Živnostenská Banka<sup>74</sup>, nicht vergleichen konnte, ist selbstverständlich. Es hat sich ja auch unterdessen gezeigt, wie sehr man auf die Dankbarkeit des Dr. Kramář für diese Begnadigung rechnen könne. In Deutschböhmen aber flammte die helle Empörung auf. Der D. V. hielt nun den Augenblick für gekommen, die Führung in Deutschböhmen in die Hand zu nehmen. Dr. Titta berief eine Vertrauensmännerversammlung nach Prag ein und ersuchte die Abgeordneten um Berichterstattung. Die Versammlung beschloß eine scharfe Kundgebung gegen die Regierung und forderte aufs neue die Selbständigmachung Deutschböhmens.

Einen Erfolg dieser Entschließung, soweit sie sich gegen die Regierung richtete, konnten die deutschböhmischen Abgeordneten gar nicht wünschen, da das Ministerium Seidler schwerlich durch ein besseres ersetzt worden wäre. Jedermann wußte, daß ja nicht die Minister, sondern verantwortliche Ratgeber diesen Begnadigungsakt in diesem Umfange herbeigeführt hatten. Daß sich Ministerpräsident Seidler mit der Verantwortung belastete, war ebenso unnötig als nutzlos. Wohl aber nahmen die deutschböhmischen Abgeordneten diesen Vorfall zum Anlaß, um die endliche Lösung der deutschböhmischen Frage zu betreiben. Es bedurfte einer langwierigen Arbeit, um die Regierung zur Erkenntnis der Unerläßlichkeit dieser Lösung zu bringen.

Als am Dreikönigstage des Jahres 1918 die Tschechen in Prag ihre Unabhängigkeitsforderungen für die Länder der böhmischen Krone auf offener Straße verkündeten, wurde in der deutschböhmischen Vereinigung alle weitere Rücksichtnahme auf die Anschauungen der Großgrundbesitzer aus dem

73) Schicksalsjahre Österreichs . . ., Bd II, S. 212 f. Redlichs Aufzeichnung über Ministerpräsident v. Seidlers Verkündung des kaiserlichen Handschreibens im Justizausschuß des Abgeordnetenhauses. Anm. zum 5. Juli 1917.

74) Tschechische Gewerbebank.

Herrenhause sowie der mährischen und schlesischen Abgeordneten beiseite gesetzt und am 10. Jänner eine Erklärung beschlossen und im Abgeordneten-hause abgegeben, welche die Errichtung einer selbständigen Provinz Deutsch-böhmen forderte.

Der Ausdruck Provinz für Kronland wurde absichtlich gewählt, um damit den Unabhängigkeitsforderungen der Tschechen in der ihnen empfindlichsten Form die Unterstellung Böhmens unter den Gesamtstaat in Erinnerung zu bringen.

Der D.V. nahm diese Erklärung mit großer Zustimmung auf und forderte alle deutschen Gemeinden, Körperschaften und sonstigen Vereinigungen auf, zu dieser Forderung Stellung zu nehmen. In Tausenden von Kundgebungen nahmen Gemeinden und Bezirke, Geistlichkeit, Beamtenschaft, die wirtschaftlichen Standesgruppen, kurz ganz Deutschböhmen, für diese Forderung Stellung.

Dennoch bedurfte es monatelanger Arbeit, um das Ministerium Seidler endlich zur Schaffung der Grundlage für die Erfüllung dieser Forderung zu bringen. Das größte Bedenken für die nationale Abegrenzung erregte die im Gerichtsverfassungsgesetze enthaltene Bestimmung, daß bei der Abänderung der Gerichtsbezirke das Gutachten des Landtages einzuholen sei.<sup>75</sup> Man war einig darüber, daß die Regierung auch anders verfügen könne als dieses Gutachten laute, oder daß sie selbständig verfügen könne, wenn das Gutachten verweigert wurde. Aber daß das Gutachten eingeholt werden müsse, das galt als unbedingte Voraussetzung. Endlich entschloß sich der Ministerrat, die Bezirkshauptmannschaften abzugrenzen, die Gerichtsbezirke aber unabgegrenzt zu lassen. Es gehörte somit ein aus einem deutschen und einem tschechischen Gebietsteil zusammengesetzter Gerichtsbezirk zu zwei Bezirkshauptmannschaften, der deutsche Teil der deutschen, der tschechische zur tschechischen. Auf diesen Bezirkshauptmannschaften wurden deutsche und tschechische Kreise aufgebaut, die Prager Statthalterei auf den kleinsten Amtsbereich eingeschränkt, die Kreishauptmänner unmittelbar dem Minister des Innern unterstellt. Es war noch nicht ganz das selbständige Deutschböhmen, aber der Zusammenhang mit Prag war auf das äußerste eingeschränkt.<sup>76</sup>

Obwohl dies mehr war, als jemals unter irgend einer Regierung für Deutschböhmen hatte erlangt werden können, sah sich der D.V. doch bewogen, durch seinen Obmann gegen diese Kreiserrichtungs- und Abgrenzungsverordnung Einsprache zu erheben. Herr Dr. Titta und Univ.-Prof. Dr. Zycha<sup>77</sup> erschienen beim Ministerpräsidenten und erklärten ihm, es würde sich ein Sturm der Entrüstung in ganz Deutschböhmen erheben, wenn diese Verordnung erscheinen würde.

75) vgl. § 2 des Gesetzes vom 11. 6. 1868, RGBl. Nr. 59 betr. die Organisation der Bezirksgerichte. Pacher, Deutschböhmen, wie es gesetzlich bereits besteht, S. 18 f.

76) Redlich, S. 287, Anm. zum 1. August 1918. Betr. Verordnung über Errichtung eines rein deutschen Kreisgerichtes in Trautenau vom 30. Juli 1918. Vgl. auch ebenda, Fußnote 33.

77) Dr. Adolf Zycha, geb. 1871 in Wien, Univ.-Professor der Rechte in Freiburg (Schweiz), Prag, Gießen und Bonn, gest. 1948 in Bonn.

*Der Ministerpräsident wurde schwankend, und erst, als ihm bedeutet wurde, er möge sich, wenn er auf diese Herren mehr hören wolle als auf die Abgeordneten, auch das Budget und die Kriegskredite von ihnen bewilligen lassen, hatte das Schwanken ein Ende, und die Verordnung wurde herausgegeben.*

*Es erfolgte natürlich kein Entrüstungsturm. Im Gegenteil, die zur Hauptversammlung des Bundes der Deutschen in Böhmen in Saaz versammelten Vertreter aller deutschen Gaue des Landes begrüßten nach einer ihnen vom Abgeordneten Dr. Michl<sup>78</sup> gegebenen Darlegung des Inhaltes diese Verordnung mit Freude als den ersten Schritt zur Durchführung der Selbständigkeit Deutschböhmens.*

*Leider war das Inkrafttreten der Verordnung auf den 1. Jänner 1919 angesetzt, so daß sie nicht mehr zur Verwirklichung kam.*

---

78) Dr. Viktor Michl, geb. 1865 in Rozanka, 1907—1918 Reichsratsabgeordneter (Deutschradikale Partei), Stadtarzt in Mies.

## Forschungsbericht

Harald Prickler:

### Zur Geschichte des burgenländisch-westungarischen Weinhandels in die Oberländer Böhmen, Mähren, Schlesien und Polen

#### Erster Teil

Der jahrhundertelange Weinfernhandel aus dem burgenländisch-westungarischen Weinbaugebiet in die Oberländer Böhmen, Mähren, Schlesien, Polen bildete einen wichtigen Faktor im wirtschaftlichen Leben nicht nur der burgenländischen Weinbauorte, sondern auch der ostdeutschen Handelshäuser. Er wurde bisher kaum gebührend beachtet, obwohl verschiedene Umstände den Gedanken an Beziehungen der burgenländisch-westungarischen Landschaft mit dem mährisch-schlesischen Raume nahelegten: 1. Die Städte Wien und Preßburg entwickelten sich an Kreuzungspunkten der Donauhandelsstraße mit uralten Handelswegen, die den Ostseeraum mit dem Mittelmeerraum verbanden. Durch das Burgenland verlief diese Nord-Süd-Verkehrsader, es mußte daher naturgemäß an dem Warenaustausch teilhaben. 2. In den burgenländischen Mundarten wurden schlesische Spracheinsickerungen festgestellt<sup>1</sup>, die mit der Ansiedlung einiger schlesischer Tuchmacher durch Maria Theresia in Pinkafeld im 18. Jh. allein nicht befriedigend erklärt werden können. Vorliegender Aufsatz wird zeigen, daß die Wirtschaft des burgenländischen Gebietes bis ins 16. Jh. hauptsächlich nach Böhmen, im 17. und 18. Jh. nach Schlesien orientiert war, weit mehr als nach Österreich, der Steiermark und Bayern; einschränkend muß dazu gesagt werden, daß dank der Besitzverhältnisse — die

---

1) E. Kranzmayer, K. Bürger, Burgenländisches Siedlungsnamenbuch. (Burgenländ. Forschungen, Bd 36.) Eisenstadt 1957. S. 224.